1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 39 vom 27. September 1985 19. Jahrgang 1 DM

Das Risiko

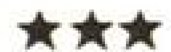
Innenminister haben es nicht leicht, zumal in Zeiten von Spionageaffären. Für die SPD ist Zimmermann deshalb ein „Sicherheitsrisiko" (siehe dazu auch Seite 2). Aber er ist vor allem ein Mann mit Ausdauer.

Die Kohlsche Losung „Keiner tritt zurück — egal weshalb" soll die Stärke dieser Regierungskoalition demonstrieren und gerade dies tut Zimmermann in der Tat.

Nun: Den Rücktritt Zimmermanns zu fordern, das kann gar nicht falsch sein und oft genug gab es aktuelle ausreichende Gründe dafür. Erinnert sei in diesem Zusammehang nur an die Asylpolitik, die Kemal Altun in den Tod trieb, wofür er die Verantwortung trug und weiter trägt. Seinen Rücktritt aber deshalb zu fordern, weil unter seiner Leitung die Geheimdienste zu schlecht funktionieren, das ist der Gipfel. Denn sie füllen ihre Unterdrückungsfunktion voll aus.

Der Mann, der einst wegen des — nie ausgeräumten — Verdachts auf Meineid berüchtigt wurde hat als Innenminister seinen Hintermännern und Geldgebern schon viel zu viele gute Dienste geleistet, als daß sie ihn so einfach zurücktreten lassen würden.

Sie es bei Problemen der Umweltpolitik, wie etwa bei der TA Luft, wo er hinter viel Brimborium einen Erlaß herausgab, der den Wünschen des Kapitals im Rahmen des irgendwie möglichen entgegenkommt oder bei seinen Breschen, die er den Autokonzernen schlug; sei es bei der Vorbereitung des maschinenlesbaren Personalausweises (in dem die SPD-Fraktion offensichtlich kein Risiko sehen kann, weil sie ihn einst selbst befürwortete): Der Mann ist ein Risiko. Aber nur für die Bevölkerung und für demokratische Bestrebungen. Nicht für die, die in diesem Staat zu sagen haben...



Wehrdienstzeitverlängerung — Nein, danke!

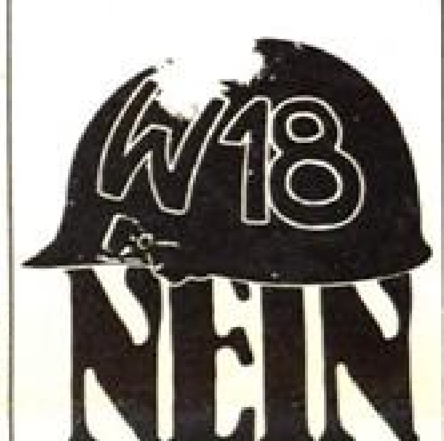
Macht die Bundeswehr kleiner!

Länger dient keiner!

Jetzt wird's ernst. Die schon lange in Bonn diskutierten Pläne für eine Verlängerung des Wehrdienstes in der Bundeswehr sollen in der kommenden Woche in den Koalitionsfraktionen, danach im Kabinett besprochen werden und bis Anfang November dem Parlament vorliegen und mit der CDU/CSU/FDP-Mehrheit verabschiedet werden.

Hauptargumente der Regierung für die Wehrdienstzeitverlängerung von bislang 15 auf nunmehr 18 Monate ist der „Pillenknick", der Ursache dafür ist, daß der Bundeswehr in den 90er Jahren weniger „wehrfähige" Jugendliche zur Verfügung stehen und damit verbunden die „Aufrechterhaltung der Sollstärke" der Bundeswehr von rund 500000 Mann.

Neben berechtigten Zweifeln an den Zahlenspielen des zuständigen Ministers Wörner muß in der bevorstehenden Debatte um die Wehrdienstzeitverlängerung vor allem eine Frage laut gestellt werden: warum eigentlich die „Sollstärke" aufrechterhalten, wenn es nicht genügend Leute gibt, sie zu erreichen? Es ist doch lediglich eine Doktrin der NATO-Generalität, daß die Sicherheit Europas gefährdet sei, wenn die Bundeswehr weniger als 495000 Mann unter Waffen hat. Sogar im bürgerlichen Lager wird über Alternativen nachgedacht, wie Wehrdienstzeiten von rund acht Monaten für ausreichend halten. (Z. B. in v. Bülows Papier zur SPD-Militärpolitik)



Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, die Absichten der BW-Generalität, die im Bericht einer Langzeitkommission sich von der Wehrdienstzeitverlängerung auch eine *„Stärkung der Einsatzbereitschaft"*, sprich mehr Dienst und Drill und gefügigere Soldaten versprechen. Sie schreiben: *„Die Verwirklichung dieser Maßnahme (W 18, RM) bringt für die Streitkräfte überwiegend Vorteile: — die Ausbildung wird kostenwirksamer — der einzelne Mann kann intensiver ausgebildet werden — die Einsatzbereitschaft wird erhöht."*

Und getreu Geißlers Devise, es den „Drückebergern" schwer zu machen, sollen die Kriegsdienstverweigerer nach den neuen Plänen zwei Jahre Ersatzdienst leisten —, was eine offene Bestrafung all derer ist, die den Auftrag der Bundeswehr nicht unterstützen wollen. **Dieses Gesetz muß vom Tisch: Länger dient keiner — macht die Bundeswehr kleiner!**

CDU-Konferenz der Kreisverbände:

Reaktionäre „Offensive 87" eingeläutet

Auf einer Konferenz aller Kreisvorsitzenden der CDU in der BRD läuteten Kohl und Geißler letzte Woche die Bundestagswahlkampagne ihrer Partei für die 87er Wahl unter dem Motto „Offensive 87" ein. Sie machten vor allem deutlich, daß sie mit einem ungeheuren Aufwand arbeiten wollen.

Bereits auf dieser Konferenz, über ein Jahr vor Beginn des eigentliche Wahlkampfes, wurde eine ganze Serie von Materialien vorgestellt, mit denen diese Kampagne geführt werden soll. Das geht von Musterreden zur Wirtschaftspolitik bis hin zu einer Wahlzeitung im Boulevardstil in Millionenauflage.

Während Kohl sich den Anschein gab, sachlich Bilanz zu ziehen und somit Argumente zu liefern, bestätigte sich die Einschätzung, daß Geißler vor allem deshalb als Minister zurücktritt, um voll den CDU-Wahlkampf organisieren zu können — in der ihm eigenen Art der Polemik.

Da wurden vor allem zwei Argumente eingehämmert: Die SPD sei ein Sicherheitsrisiko für die BRD mit all den Überlegungen zu einer veränderten Außen- und Rüstungspolitik, die dort gemacht würden und: die Wirtschaftspolitik dieser Regierungskoalition stehe ohne Alternativen da, alles andere als dies führe zu neuen Schulden und zum „Staatsbankrott". All dies mit entsprechenden Geißlerschein Ausfällen garniert.

Bescheidene Einwände für eine gewisse Veränderung auch nur einzelner politischer Akzente, die am Rande aufkamen, wurden rundweg abgewischt, der Kurs heißt mit allen Mitteln diese Regierung dran lassen — die Gelder aus den Chefetagen der Kapitalisten fließen anscheinend ungebrochen, wenn man sich den ungewöhnlichen geplanten Aufwand betrachtet.

Eine solche Konferenz als Auftakt einer Kampagne stellt bei der CDU eine Ausnahme dar, die beweist, wie ernst der Parteiführung die Durchführung dieser Aktion ist. Es wird eine geballte Propagandakampagne politisch reaktionärer Ideen sein.

Freiheit für Südafrika und Namibia

Boykott gegen Apartheid

Am vergangenen Samstag demonstrierten in Bonn — nach Veranstalterangaben — rund 10000 Menschen gegen das südafrikanische Rassistenregime und für sofortige und wirksame Sanktionen und Boykottmaßnahmen. 70 Organisationen und 20 Persönlichkeiten hatten zu der Demonstration aufgerufen. Daran gemessen war die Demonstration doch nicht besonders stark. Diese Gesamteinschätzung entschuldigt aber auch noch nicht die geringe Teilnahme von Genossen der KPD.



Die Spitze des Demonstrationszuges

Nach der Demonstration fand auf dem Münsterplatz eine Kundgebung statt, bei der Vertreter aus Südafrika und Namibia sprachen. Viele Pfiffe erntete die SPD-Sprecherin Ingrid Matthäus-Maier. Für die Gewerkschaften sprach Christian Götz von der HBV.

Am gleichen Tag fand in Westberlin eine Demonstration von rund 5000 Menschen statt, bei der die Polizei wiederholt in den Demonstrationszug hineinknüppelte und einzelne Demonstranten festnahm.

Bonner Südafrika-Politik

Streit im Kabinett geht weiter

Der Bonner Koalitionsstreit um die Haltung, die die Bundesregierung in der Südafrika-Politik einnehmen soll, hält an. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer, bezeichnete in einem Artikel in der „Welt am Sonntag" die „EG-Strafmaßnahmen" gegen Südafrika „unter aktiver Beteiligung Außenminister Genschers" als „in jeder Beziehung töricht". Er warnte in dem gleichen Artikel davor, daß der zentrale Einheitsstaat, den die schwarze Widerstandsbewegung fordert, zum „Untergang der weißen Bevölkerungsgruppe führen werde, der Südafrika seinen Wohlstand verdanke."

Anlaß für den Bonner Streit war ein Beschluß der EG, der eine Art Änderungskündigung des Kulturabkommens mit dem Regime in Südafrika vorsah. Änderungskündigung deshalb, weil die Kündigung des geltenden Kulturabkommens mit der Absichtserklärung zum Abschluß eines neuen Abkommens gekoppelt war. Genschers Rolle dabei war im übrigen keineswegs die eines „Rächers der Schwarzen". Genscher ging es vor allem darum, tatsächliche Sanktionen gegen Südafrika zu verhindern und gleichzeitig aber den Eindruck zu erwecken, daß man doch etwas tue. Denn Genscher denkt an die Zukunft, vor allem natürlich an die Wahrung der sog. deutschen Interessen in einem zukünftigen, möglicherweise eben nicht mehr von Bothas Rassistenregime beherrschten südlichen Afrika. Genscher am Wochenende im saarländischen Rundfunk: „Wo Reformen zu lange aufgeschoben werden, wird revolutionären Entwicklungen Vorschub geleistet." Und eben dies will Genscher — auf andere Art als die CSU — verhindern.

„Streit" um neue Geheimdienstgesetze

SPD möchte mitbestimmen

Die Bundesregierung hat nach den zahlreichen Spionagefällen der letzten Zeit ihre seit dem „Volkszählungsurteil" bestehende Absicht, neue Gesetze zur „Sicherheit" auszuarbeiten, beschleunigt. Bereits im Oktober sollen sie vorgelegt werden — direkt im Bundestag, ohne Debatte im Bundesrat. Darüber beschweren sich die SPD-regierten Länder, allen voran der hessische Innenminister Winterstein.

Worum geht es bei diesem Protest, der teils mit markigen Worten vorgebracht wird? Es geht zunächst einmal ausschließlich um das „Recht" der Landesregierungen — sprich: der SPD — bei diesen neuen Gesetzen mitzureden. Bei diesem ganzen Brimborium, das da entfaltet wird, nicht leicht übersehen, daß es eigentlich um ganz andere Fragen geht. Im Zusammenhang mit den verschiedenen jüngsten Spionageaffären sind in breiterem Maße als bisher Forderungen nach einer Auflösung der Geheimdienste laut geworden — rundherum berechtigte Forderungen.

Die Grundlage für die ganzen Spionagegeschichten ist die Tatsache, daß die entsprechenden Regierungen Geheimpolitik betreiben — vor dem eigenen Volk. Dies wurde beispielsweise bei zahlreichen geheimdienstlichen Aktivitäten in der BRD gegen jene deutlich, die etwa geplante Stationierungsorte für Atomraketen veröffentlichten. Diese Orte waren im andren Militärblock lange bekannt — nur in der Bevölkerung hierzulande nicht — ein Beispiel von vielen.

Natürlich: Wer Zimmermann als "Sicherheitsrisiko" kritisiert, der will sich erneut als besonders gute staatstragende Kraft profilieren und hat wenig damit am Hut, die Unterdrückung oppositioneller Bestrebungen durch in diesem Bereich ausgesprochen gut funktionierende Geheimdienste zu beenden.

Keine demokratische Opposition, von der revolutionären ganz zu schweigen, darf sich in dieser Auseinandersetzung auf eine solche Position hinabziehen lassen. Das einzig Sinnvolle ist es, immer wieder die Auflösung dieser Dienste, dieser Unterdrückungsinstrumente des kapitalistischen Staates zu fordern und nicht eine breitere politische Basis für neue Geheimdienstgesetze zu verlangen, die die Machenschaften dieser Truppe einerseits weiter legalisieren, andererseits weiter ausbauen sollen. Zimmermann ein Sicherheitsrisiko? Sicher. Aber nicht etwa für diese Republik, sondern als Polizei- und Geheimdienstminister für demokratische Bestrebungen eine Gefahr.



Spitzel bei einer Demonstration

Spektakulärer Massenverkauf:

Wieder ein Coup der Neuen Heimat

Mitte letzter Woche gab es eine Nachricht, die nur eng Eingeweihte nicht überraschte: Die Neue Heimat verkaufte rund 20000 ihrer Mietwohnungen an die (ebenfalls von gewerkschaftsnahen Firmen gesteuerte) Beteiligungsgesellschaft für Immobilien (BGI). Verkaufspreis: eine Milliarde Mark.

Der Preis gibt zu denken, denn er macht im Durchschnitt genau 50000 DM pro Wohnung — ausgesprochen billig für bundesdeutsche Verhältnisse, auch wenn regionale Schwankungen zu berücksichtigen sind. Ganz offensichtlich ist es der Neuen Heimat nicht gelungen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie im Zusammenhang mit der "Affäre Vietor" aufgetreten waren, wirklich zu überwinden. Der Verkauf fand kurz vor der Bilanzveröffentlichung statt und die BGI ist bisher nicht viel mehr als eine bloße Briefkastenfirma.

Allein 8000 Wohnungen wurden in Bremen verkauft — fast die Hälfte davon fällt sofort aus der Sozialbinden (in der alle Wohnungen der gemeinnützigen Neuen Heimat stehen) — das heißt, Mieterhöhungen sind möglich, das heißt, es handelt sich um für Wohnungsspekulanten interessante Objekte. Was zusammen mit den Umständen des Verkaufs und der Art des Käufers darauf schließen läßt, daß ein Weiterverkauf beabsichtigt ist.

Die Bundesregierung äußerte zwar ihren Protest wegen dieses „Verstoßes gegen den sozialen Wohnungsbau" — nachdem sie aber erst kürzlich ihre Absicht bekanntgab eben diesen sozialen Wohnungsbau faktisch völlig abzuschaffen, erscheint dies als wenig glaubwürdig — ebenso wie das gewohnte tiefe Schweigen beim DGB.

Die Neue Heimat gehört ohne Zweifel zu denen, die in der Praxis den sozialen Wohnungsbau am meisten unterhöhlt haben, die am meisten daran verdient haben.

Und sie gehört, und dieser neue Coup unterstreicht das eigentlich nur noch einmal, auch zu den Betrieben, die die Theorie von der Gemeinwirtschaft, wie sie auf der Grundlage sozialdemokratischer Ideologie von den Gewerkschaften eifrig vertreten wird, in der Praxis am deutlichsten widerlegen. Alle die Betriebe aus diesem Bereich, in erster Linie aber wohl die Neue Heimat, waren und sind ein schwerer sozialdemokratischer Klotz am Bein der Gewerkschaften.

Immer wieder haben in der Vergangenheit aktive Gewerkschafter gefordert, endlich Schluß zu machen mit dieser Gemeinwirtschaft, die sich in der kapitalistischen Realität als eine Reihe von Konkurrenzunternehmen wie andere auch profiliert haben. Eine Forderung, die angesichts dieser neuen Machenschaften nur erneut zu unterstreichen ist.

Überschüsse der BfA:

Neue Geschenke für Unternehmer

Das Thema der Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit hatte für mehrere Wochen Stoff für theatralische Auseinandersetzungen in den Parteien der Regierungskoalition gegeben und war auch Gegenstand der Kamingespräche mit dem DGB. Zu den Ergebnissen ließe sich manches feststellen, vor allem aber eins: Es werden neue Geschenke an die Kapitalisten damit bezahlt.

„Dieses Geld gehört den Arbeitslosen" unter dieser Schlagzeile hatte auch der „Rote Morgen" zu dieser Auseinandersetzung Stellung genommen — im gleichen Sinn wie eine große Zahl von Gewerkschaftsaktivisten und auch von Arbeitslosengruppierungen. Ist doch dieser angebliche Überschuß der Bundesanstalt für Arbeit nur dadurch zustandegekommen, daß immer wieder und immer weiter Kürzungen an den Leistungen der BfA an ihre Versicherten vorgenommen wurden.

Davon war ernsthaft nie die Rede. Was jetzt beschlossen wurde, zeigt eindeutig in die andere Richtung. Wenn allgemein und gutklingend betont wird, das Geld werde auch für Umschulungen genutzt, so wird durch diese Aussage ein gänzlich anderer Sachverhalt verhüllt und soll soziale Aktivität vorgetäuscht werden.

Der Sachverhalt ist eigentlich einfach, nur durch den Wortvorhang vernebelt: Es geht den Kapitalisten darum, daß sie für ihre vielen neuen, aus Rationalisierungsgründen angeschafften NC-Maschinen nicht genügend ausgebildete Arbeiter haben, die diese umfassend bedienen könnten. Also ist ihr Bestreben, solche Arbeitskräfte zu bekommen.

Also stehen sie vor zwei Alternativen: Entweder sie selbst organisieren die „Beschaffung" solcher Arbeitskräfte, organisieren ihre weitere Ausbildung — oder sie lassen sie sich besorgen, auf anderer Leute Kosten. Und genau das ist, was jetzt von dieser Regierung nach den Kamingesprächen verkündet worden ist.

Es handelt sich also tatsächlich um ein neues Geschenk an die Unternehmer, die von den Geldern, die die BfA den Arbeitslosen gekürzt hat nun ihre Arbeitskräfte fortbilden lassen können.

Das ganze firmiert dann unter der Aufgabe der BfA, die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen zu erhöhen, um deren Chancen am sogenannten Arbeitsmarkt wieder zu erhöhen.

Tornado-Verkauf an Saudi-Arabien

Eine Signalwirkung?

Die Abmachung steht fest. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher betätigte sich als Unterhändlerin der Waffenhändler: 48 Tornados an Saudi-Arabien, ein 12-Milliarden-Mark-„Ding".

Proteste gab es überall. Auch im Bundestag. Von Seiten der Grünen und auch einiger Sozialdemokraten. Norbert Gansel war es, der die Abmachung dieser Bundesregierung mit der britischen Regierung von vor zwei Jahren als „den Sündenfall" bezeichnete auf dessen Grundlage nun dieser Verkauf überhaupt erst stattfinden konnte.

Damals hatten die Briten von der Bundesregierung deren Zustimmung gefordert zu ihrer Forderung, jeder Partner könne alle Versionen des Tornado-Flugzeugs frei verkaufen. Was Gansel vergaß zu erwähnen, war die Tatsache, daß der eigentliche Sündenfall bereits von der vorherigen SPD/FDP-Regierung begangen worden war: Sie verzichtete auf die Klausel, daß ein Weiterverkauf von der Zustimmung aller beteiligten Produzenten abhängig sei — eine Regelung, die ursprünglich gegolten hatte.

Das hatte sich zwar nur auf die Tornado-Version eines Verteidigungsflugzeugs bezogen, aber der prinzipielle Durchbruch war geschafft, die Grundlage dafür, westdeutschen Waffenhandel zu betreiben, ganz ohne mögliche Regierungseingriffe. Die jetzige Regierung dehnte diese sogenannte Liberalisierung vor zwei Jahren also nur noch weiter aus und jetzt kam es zum ersten entsprechenden Geschäft.

Für die Rüstungskonzerne ein ganz wesentliches Geschäft, setzt sie doch auf die Signalwirkung dieser 48 Maschinen an andere interessierte Staaten — worauf sie hoffen muß, da das Programm der 809 Maschinen für die BRD, Britannien und Italien längst angelaufen ist.

MBB, AEG, Siemens und Daimler (MTU) sind die Hauptgewinnler dieses neuesten schmutzigen Waffengeschäftes — der Bundesregierung und der Vertreterin Maggie Thatcher sei Dank…

Urteile im „St.-Georgs-Prozeß"

Hennemeyer weg, Weiterungen vermieden

Mehr als zwei Jahre dauerte der Prozeß gegen den Leiter des Gelsenkirchener „Sozialwerks" Sankt Georg vor dem Essener Landgericht. Letztes Wochenende wurde er mit hohen Haftstrafen für die Hauptangeklagten beendet — Revision wird wohl beantragt werden.

Hennemeyer selbst saß schon seit über 2 Jahren in Untersuchungshaft. Er hatte 1966 sein früheres Wohnheim kurzerhand zu einer privaten Anstalt für geistig und körperlich behinderte Menschen gemacht — allein schon der Skandal, daß so etwas möglich wurde, gehörte zu den Weiterungen, die zu behandeln im Prozeß vermieden wurden.

Ansonsten ging es um wirklich alle Arten von Betrügereien, die der Chef der schließlich größten derartigen privaten Anstalt der BRD beging: Über 2000 Patienten waren ihm ausgeliefert, seit 77 gab es konkrete Betrugsverdachte (in jenem Jahr erhielt er das Bundesverdienstkreuz), jahrelang forderten Aktive der "Dortmunder Selbsthilfe" (der RM besprach 1982 deren Dokumentation) aus Dortmund und Gelsenkirchen den ganzen Schmutz zu beenden, wurden verfolgt und von der Polizei traktiert.

Mitarbeiter, die Hennemeyers Spiel mit den Millionenbetrügereien auf Kosten der Patienten nicht mitmachten, hatten zu leiden: Sie wurden entlassen, verabschiedet mit der Drohung, sie müßten sowieso aus Gelsenkirchen wegziehen, wenn sie noch mal Arbeit haben wollten, vom Arbeitsamt wurde ihnen gesagt, sie seien unvermittelbar — so wie die Hauptbelastungszeugin, die frühere Chefbuchhalterin Ochs. Diese hatte — beispielsweise — anonym einen Brief an die Finanzaufsicht des Landschaftsverbandes geschrieben — diese hatte nichts Besseres zu tun, als diesen Brief Hennemeyer für Nachforschungen zur Verfügung zu stellen — auch wer das tat, blieb im Prozeß ungeklärt.

Ungeklärt blieb schließlich auch die genaue Rolle des früheren Oberstadtdirektors Meya, der aus eigennützigen Gründen jahrelang die schützende Hand der Stadt über den Betrüger gehalten hatte und vor einiger Zeit „aus gesundheitlichen Gründen"(!) in den Ruhestand gegangen wurde (bei Weiterbezahlung eines Großteils seiner Bezüge). Ungeklärt blieben auch etwaige Verwicklungen es OB von Gelsenkirchen, Kuhlmann (SPD) über seinen einstigen Oberstadtdirektor in der Sache, auch der Selbstmord eines sauerländischen Sparkassendirektors blieb ebenso ungeklärt wie das Schicksal verschiedener Patienten.

Hennemeyer hat eine 8jährige Haftstrafe erhalten, er wird wohl trotz Revisionsantrag kaum herauskommen — alle Weiterungen aber, die sich in diesem Zusammenhang ergeben haben, wurden peinlichst vermieden, auch die Kumpanei des Arbeitsamtes beispielsweise wurde nicht weiter verfolgt. Der Skandal bleibt also.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Zum offenen Brief des sogenannten Koordinationskomitees

Schwacher Abgang

Mit dem auf dieser Seite abgedruckten „offenenbrief" verabschieden sich also jene Genossinnen und Genossen aus der Partei, die sich in grotesker Fehlbeurteilung ihrer Auffassungen und ihrer Rolle in der aktuellen Auseinandersetzung seit geraumer Zeit als „Marxisten-Leninisten in der KPD" bezeichnen. Das Abschiedsdokument bringt angemessen zum Ausdruck, mit welch unerbittlicher Konsequenz diese Genossinnen und Genossen es ablehnen, sich mit politischen Realitäten auseinanderzusetzen.

Als eher kleine Minderheitsfraktion beschließen sie: die Mehrheit ist ausgeschlossen, wir sind die KPD, der Sonderparteitag findet nicht statt, die bolschewistische Partei ist stärker als alle Liquidatoren, basta!

Die Ideenwelt in ihren Köpfen ist ihnen offensichtlich längst zum alleinigen Maßstab geworden. Die Situation der Arbeiterbewegung, das gesellschaftspolitische Kräfteverhältnis in unserem Land, die Frage, wie die revolutionären Sozialisten zu einer handlungsfähigen und führenden Kraft in der Arbeiterbewegung werden können — das alles sind ihre Probleme nicht.

Hier liegt der Grund, warum es mit diesen Genossinnen und Genossen, die sich nun schon seit geraumer Zeit mit so viel eiferndem Engagement für ihre „grundsätzliche" Kritik an den Positionen des Zentralkomitees eingesetzt haben, nie zu einer wirklichen lebendigen politischen Diskussion gekommen ist. Aus meiner Sicht liegt das Problem nicht darin, daß sie auf die Fragen, mit denen die Partei konfrontiert ist, andere Antworten geben als das Zentralkomitee. Darüber ließe sich ja nützlich diskutieren. Aus meiner Sicht liegt das Problem darin, daß diese Gruppierung es ablehnt, Fragen, denen sich die Partei unbedingt stellen muß, wenn sie nicht in völlige politische Bedeutungslosigkeit versinken will, überhaupt zu Kenntnis zu nehmen.

Deshalb war die Auseinandersetzung mit diesen Genossinnen und Genossen in den letzten eineinhalb Jahren auch keineswegs nützlich, sondern hat sich ausgesprochen lähmend auf die gesamte politische Diskussion ausgewirkt, ein ideologischer Stellungskrieg, der mit den wirklichen Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung nichts zu tun hatte und dementsprechend ätzend war.

Diese Genossinnen und Genossen haben versucht, die Debatte mit einem bescheidenen Arsenal abstraktester Kategorien zu bestreiten. Die Tatsache, daß allgemeinste Kategorien stets zu „passen" scheinen, erscheint ihnen offensichtlich als ihr eigentlicher Vorzug, während ihnen die Tatsache, daß sich aus diesen allgemeinen Kategorien noch keine Anleitung zum revolutionären Handeln ergibt, als Mangel anscheinend nicht sehr bewußt ist.

Hatten Marx und Engels noch darauf bestanden, daß es nicht so sehr darauf ankommt, dieWelt zu interpretieren, als sie zu verändern, so geht das Bestreben dieser Genossinnen und Genossen mehr dahin, mit Bruchstükken aus der Realität beispielhaft zu „beweisen", daß ihre einmal gefaßte Interpretation der Welt eben richtig ist.

Der „Arbeiterkampf", dem es offensichtlich ein echtes Bedürfnis ist, eine innerparteiliche Opposition gegen das Zentralkomitee aufzutun, die er unterstützen kann, ohne sich völlig zu blamieren, meint mit Blick auf die Koordinationskomitee-Fraktion: „Es wird nicht weniger als der bizarre Versuch unternommen, die KPD ungefähr in das Jahr 1970 zurück zu katapultieren. Allerdings, da ist man streng, ganz ohne Mao und die Kulturrevolution."

Es steht uns an, die Frage selbstkritisch ein wenig anders und schärfer zu stellen: hält uns diese Gruppierung nicht in gewisser Weise auch einen Spiegel vor, in dem wir — gnadenlos auf die Spitze getrieben — jene unmarxistischen ideologischen Elemente erkennen, die die Entwicklung unserer Partei in den ersten Jahren so nachhaltig geprägt haben, von denen wir uns in den letzten Jahren im Rahmen einer scheinbar nur um taktische Fragen sich bewegenden Diskussion immer weiter entfernt haben, mit denen wir aber tatsächlich erst in der gegenwärtigen Programm-Diskussion systematisch brechen?

Dafür spricht auch, daß immer dann, wenn diese Genossinnen und Genossen versuchten, von der reinen Aneinanderreihung von Klassiker-Zitaten zu einer Beurteilung der politischen Entwicklung der Partei überzugehen, deutlich wurde, daß sie in allen wesentlichen Fragen in Opposition zu dieser Entwicklung standen: die Gewerkschaftspolitik, die Verstaatlichungsdiskussion, die Beurteilung der Wende durch die Partei, die Kampagne für die 35-Stunden-Woche usw. — alles das sind ihnen Stationen der Entartung der Partei, während ich in diesen Diskussionen gerade wichtige Fortschritte der Partei auf dem Weg zur Überwindung des Idealismus sehe.

Enver Hoxha hat sinngemäß einmal davon gesprochen, daß die Revolution ein Problem sei, daß zur Lösung ansteht. Diese Formulierung hat mir immer gefallen. Einerseits widerspricht sie in meinem Verständnis jenen, die durch Beschwörungsformeln eine Aktualität der Revolution herbeiagitieren wollen, die politisch nicht gegeben ist. Andererseits richtet sie sich auch gegen jene, die die fehlende politische Aktualität der Revolution in unserem Land als Argument dagegen ins Feld führen, die gegenwärtigen Fragen der Arbeiterbewegung überhaupt im revolutionär-strategischen Zusammenhang zu analysieren, um eine marxistische Orientierung unserer Tätigkeit in den stattfindenden Bewegungen zu erarbeiten.

Für unsere Dogmatiker stellt sich die Revolution nicht als Problem, das zur Lösung ansteht, also politische Anstrengungen erfordert. Die Revolution ist ihnen eine Idee, an die sie glauben, von deren Eintreten sie überzeugt sind, wie Katholiken an das Jüngste Gericht und an sein Eintreten glauben. Der Gedanke, daß es darum geht, durch kontinuierliche Arbeit die politischen Voraussetzungen für die proletarische Revolution zu schaffen, tritt dabei völlig in den Hintergrund. Wer das Auftreten des linken Dogmatismus in unserer Partei in den letzten Monaten erlebt hat, konnte sich des Eindrucks manchmal nicht erwehren, als hätten es bestimmte Genossinnen und Genossen geradezu darauf angelegt, die ergebene Hinnahme relativer Einflußlosigkeit zum „Prinzip des Marxismus-Leninismus" zu erklären.

Die Abspaltung auch einer kleinen Gruppe von der Partei ist unter keinen Umständen ein Grund zum Jubeln. Weitere Zersplitterungen sind das letzte, was als nützlich bezeichnet werden kann in einer Situation, in der die Politik unserer Partei unbedingt auf die Vereinigung der revolutionären Sozialisten gerichtet sein muß.

Andererseits muß man zugeben, daß eine Partei, die sich in einem so starken Ausmaß in der Auseinandersetzung mit völlig weltfremden Positionen aufreibt, wie wir es in den letzten Monaten zu tun gezwungen waren, auf Dauer politisch handlungsunfähig wird. So gesehen, halte ich zumindest den Entschluß dieser Gruppierung, die Partei nun zu verlassen, für vernünftig.

Horst-Dieter Koch

Offener Brief

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands Vorwärts im Geiste Ernst Austs!

Liebe Genossen,

bekanntlich arbeitet das ZK seit geraumer Zeit gegen das geltende Programm und Statut unserer Partei, wozu es von niemandem berechtigt worden ist. Bekanntlich wenden sich immer mehr Genossen innerhalb der Partei scharf gegen diese Handlungsweise des ZK. Das ZK freilich läßt sich hiervon nicht beeindrucken. Die Forderung nach der sofortigen Organisierung des 6. Parteitags — dessen Durchfühgung in Anbetracht der Lage in der Partei zwingend erforderlich gewesen wäre — wurde vom ZK glatt abgebügelt. Das ZK zieht es vor, die praktische Politik — soweit eine solche überhaupt noch stattfindet — nach eigenem Gutdünken auf einer Linie zu organisieren, die den geltenden Normen und Beschlüssen der Partei offen zuwiderläuft. Das ZK ist somit eine gegen die Partei und ihre Grundlagen gerichtete Fraktion.

Wenn es noch eines letzten Beweises bedurfte, daß das ZK diesen gegen unsere Partei gerichteten Weg stur verfolgt und sich dabei von keinerlei Kritiken beeinträchtigen läßt, dann liegt dieser letzte Beweis in den ZK-Beschlüssen vom 17.08.1985 (abgedruckt im RM 33/34, Seite 3). Der „Sonderparteitag", der der Partei angeblich „neue programmatische Grundlagen geben" sollte, soll nunmehr nach Vorstellung des ZK im wesentlichen nur noch zwei Funktionen erfüllen:

Erstens soll er das bestehende Programm „grundsätzlich kritisieren und außer Kraft setzen". Das heißt, die Partei soll nach Auffassung des ZK Abschied von ihren marxistisch-leninistischen Grundlagen nehmen. (Wir führen dies hier im einzelnen nicht aus, sondern verweisen auf die Artikel „Der Programmentwurf des ZK — Anbetung der Spontaneität und Herabminderung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft" im „Weg der Partei" Nr. 1 sowie „Leugnet das ZK die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staates" im „Weg der Partei" Nr. 2)

Zweitens soll die Vereinigung mit der trotzkistischen GIM praktisch in die Wege geleitet werden.

Was aber bedeutet die Vereinigung mit der GIM?

Die GIM stützt sich programmatisch wesentlich auf Trotzkis „Übergangsprogramm" von 1938 und die Konzepte der IV. Internationale. Nach Auffassung der GIM muß eine „Regierung, die von den heutigen Massenparteien der Arbeiterbewegung geführt wird", gebildet werden, unter der nach und nach eine „proletarische Gegenmacht" entsteht; aus dieser Situation einer „Doppelherrschaft" soll dann der Sozialismus entstehen.

Es besteht kein Zweifel, daß mit den ominösen „heutigen Massenparteien der Arbeiterbewegung" im wesentlichen die SPD gemeint ist. Ist es nicht überdeutlich, warum das ZK beispielsweise die Formulierung im geltenden Programm, wonach die „Werktätigen durch die Stimmabgabe höchstens bewirken können, daß eine Regierung der Monopole durch eine andere abgelöst wird", für **„direkt falsch"** hält? (vgl. „Kommunist" 1/85, Seite 20). Bekanntlich gehen führende Vertreter des ZKs so weit, die Opportunisten als die „Vorhut der Arbeiterklasse" zu bezeichnen. (T.H.: „Indem wir den Opportunismus schlagen, schlagen wir die Fortschrittlichsten der Arbeiterklasse." vgl. „Weg der Partei" Nr. 2, Seite 13).

Wahlaufrufe für die SPD, Unterschriftensammlungen für Neuwahlen, vorwiegend bei „einflußreichen Persönlichkeiten" anstelle einer politischen Arbeit im Proletariat etc. — so sieht der Kampf des ZK für die „Übergangsregierung" aus.

Die Vorstellungen Trotzkis, der GIM und des ZK vom Übergang zum Sozialismus beinhalten notwendig die Einstellung darauf, daß die Demokratie im Imperialismus **immer mehr ausgedehnt** werden kann, anstatt zu sehen, daß der Imperialismus zu Reaktion und Faschismus neigt. In der Propagierung des Sozialismus durch das ZK gegenüber den Massen wird daher die Frage der gewaltsamen Revolution bereits *systematisch umgangen* (vgl. z.B. die Flugblatt-Beilage aus NRW im RM 15/85, vgl. die „Blind-Zeitung" zum 1. Mai). Aus alledem folgt konsequenterweise auch die Auffassung, daß eine disziplinierte, nach Leninschen Normen aufgebaute Kommunistische Kampfpartei nicht nötig sei. (H.D. Koch: Das ganze alte Parteikonzept, z.B. das Gerede von Legalität und Illegalität, sei unpolitischer Krempel. vlg. „Weg der Partei", Nr. 2,Seite 13).

Die führenden Vertreter des ZK sind dem Wesen der Sache nach längst Trotzkisten — ganz egal, wie sie zur **Person** Trotzkis stehen. Sie haben ganz bewußt eine Situation geschaffen, in der die **Existenz** unserer Partei als marxistisch-leninistische Partei **am seidenen Faden hängt.** Und sie wollen unserer Partei durch die Vereinigung mit der GIM **den Rest geben!**

Was die GIM betrifft, so wollen wir hier auf längere Ausführungen verzichten und bitten Euch, die entsprechende Analyse im „Weg der Partei" Nr. 4 zu studieren. Nur so viel sei hier noch gesagt, daß die IV. Internationale, der die GIM angehört, die Tito-Revisionisten nicht nur propagandistisch, sondern auch durch Entsendung von Jugendbrigaden, mit denen Tausende von Jugendliche nach Jugoslawien fuhren, unterstützte. Wobei die Titoisten als **gekaufte** Stoßbrigade des US-Imperialismus bekanntlich überall in der Welt die Konterrevolution aktiv vorantrieben, z.B. in Ungarn! Des weiteren propagiert die GIM die revisionistischen Länder, in denen eine neue Bourgeoisie eine Diktatur über die Arbeiterklasse ausübt, als Arbeiterstaaten und diskreditiert damit den Sozialismus. Sie tritt sogar für die „Verteidigung" der imperialistischen Sowjetunion ein.

Genossen!

Die Vereinigung mit der GIM würde die marxistisch-leninistische Partei in der Tat endgültig zerschlagen. Und das ZK ist zu dieser Vereinigung fest entschlossen, will sie **um jeden Preis** durchführen. Das vom ZK erzwungene programm- und statutwidrige Auftreten von Trotzkisten auf den Mitgliederversammlungen am 22.9. ist ein konkreter Schritt zur Vereinigung.

Die Konferenz der Marxisten-Leninisten am 7./8. September in Frankfurt kam daher zu der Auffassung, daß in dieser Situation eine weiteres Verbleiben mit der trotzkistischen ZK-Fraktion innerhalb **einer** Partei schädlich ist und die Existenz der Partei auf's Spiel setzt. Daß die Existenz der Partei nur verteidigt werden kann, wenn man mit diesen Anti-Marxisten und Anti-Leninisten offen bricht. Die Konferenz hat daher beschlossen:

1. Die Konferenz schließt die trotzkistische Fraktion um H.D. Koch aus der Partei aus.

2. Sie beauftragt das Koko, spätestens bis Jahresende den VI. Parteitag der KPD zu organisieren, auf dem ein neues ZK und eine neue ZPKK gewählt werden. Grundlage der Arbeit der Partei sind das bestehende Programm und Statut. Ein Sonderparteitag findet nicht statt.

3. Spätestens auf den Mitgliederversammlungen am 22.9.1985 vollzieht die KPD den offenen organisatorischen Bruch mit der trotzkistischen Fraktion um HDK.

4. Innerhalb von 6 Wochen nach der 3. Konferenz der Marxisten-Leninisten führt die KPD auf Landesebene Mitgliederversammlungen zur Reorganisation der Partei durch.

5. Die Konferenz ruft alle Genossen auf, sich zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen: Den Weg in den trotzkistischen Sumpf oder den Weg der Kommunistischen Partei. Die Partei sucht die Zusammenarbeit mit all den Genossen, die den revisionistischen Verrat des ZK bekämpfen, sich aber jetzt noch nicht zur Reorganisierung der Partei entschließen können. Sie ist bestrebt, diese Genossen in die Vorbereitung und Durchführung des 6. Parteitags einzubeziehen.

Die desorganisierende, antimarxistische Tätigkeit der Fraktion um das ZK hat in der Partei eine sehr schwierige Situation geschaffen. Wir wissen, daß viele Marxisten-Leninisten in der Partei, die die Linie des ZK bekämpfen, noch Vorbehalte und Bedenken dagegen haben, zusammen mit uns **jetzt** die Reorganisierung der Partei anzupacken. Wir haben für die Vorbehalte und Bedenken dieser Genossen Verständnis. Da es aber jetzt um die Existenz der Partei schlechthin geht, bittenwir diese Genossen, zu prüfen, ob sie diese Vorbehalte und Bedenken nicht zurückstellen können. Widersprüche und unterschiedliche Auffassungen in allen möglichen Fragen können und müssen wir **innerhalb** der Partei gemäß den marxistisch-leninistischen Normen und Prinzipien der Partei in solidarischer Diskussion lösen. Im Kampf für die Existenz der Partei, gegen die Feinde der Partei müssenfür Marxisten-Leninisten **alle anderen Fragen** — so wichtig sie auch sein mögen — zweitrangig sein!

Verteidigen wir gemeinsam die Partei gegen den revisionistisch-trotzkistischen Verrat des ZK, reorganisieren wir die Partei!

Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Liquidatoren!

Koordinationskomitee der KPD

HDW/Kiel

Eingruppierungsbetrug!

Auf der Werft gibt es eine ganze Reihe von Kollegen, die sich zu Recht als zu niedrig eingruppiert betrachten, denen HDW einen Teil des ihnen zustehenden Lohnes vorenthält. Doch was der HDW-Vorstand sich in diesem Jahr mit den Ausgelernten erlaubt hat, kann man nur noch als Eingruppierungsbetrug bezeichnen: Die Ausgelernten sind gezwungen worden, Arbeitsverträge mit den Lohngruppen 14 (Teilezurichter) und 15 (Facharbeiter) zu unterschreiben, obwohl der Betriebsrat dieser Eingruppierung nicht zugestimmt hat. Der Betriebsrat hat jetzt beschlossen, eine Feststellungsklage vor dem Arbeitsgericht einzuleiten. Diese Klage hat auch Aussicht auf Erfolg, da laut Einstufungskatalog für ausgelernte Facharbeiter nur die Lohngruppe 16 (Teilezurichter 15) und nichts darunter in Frage kommt und dies in der Vergangenheit auch gängige Praxis war.

Doch allein auf ein zu erwartendes Gerichtsurteil dürfen wir uns nicht verlassen. Erstmal wissen wir noch nicht wie das Urteil ausfällt und außerdem werden Ahlers & Co. dann auf andere Art und Weise versuchen, den Programmlohn abzubauen und zu verändern. Nach den Massenentlassungen, Sozialabbau und Vorgabezeitkürzungen ist das ihr großes Ziel: **Lohnabbau!!!**

Jeder erinnert sich an die beiden letzten Tarifrunden, wo diese Herren die Tariferhöhung nicht voll auf den Programmprämienlohn übernehmen, den Programmlohn in einen Prämienlohn umwandeln („Nasenprämie") und die Vorarbeiter aus dem Programm herausnehmen wollten. Doch bei diesem Punkt haben Ahlers & Co. bisher bei der Belegschaft auf Granit gebissen. Nun haben diese Herren sich einen Teil der Belegschaft herausgesucht, der sich aus Angst vor einer Nichtübernahme kaum allein wehren kann. Doch wenn der Vorstand bei diesem Eingruppierungsbetrug Erfolg hat, dann sind bald die nächsten Abgruppierungen oder Aufgruppierungsverhinderungen fällig. Das Ganze ist auf jeden Fall nicht nur eine Sache oder persönliches Pech der Ausgelernten. Unverständlich ist auch, warum der Betriebsrat und der Vertrauensleutekörper sich hier relativ bedeckt halten. Die Belegschaft zu informieren und zu mobilisieren, gibt es ja genug Möglichkeiten. Wir erinnern nur daran, daß wir in diesem Jahr erst **eine** Betriebsversammlung hatten. Auch wird es allmählich Zeit, daß der Vertrauensleutekörper der IGM und der Betriebsrat rechtzeitig Vorstellungen entwickeln wie in der nächsten Tarifrunde 1986 die Programmlohnerhöhung auf HDW durchgesetzt werden soll.

- **Gerechte Eingruppierung auch für die Ausgelernten!**
- **Volle Lohnerhöhung für die Programmlöhner!**
- **Hände weg vom Programmlohn!**

(Aus: Bollwerk, Betriebszeitung der KPD für HDW/Kiel

Nachtrag: Wie auf der BR-Sitzung am 19.9. bekannt wurde, erhalten alle Ausgelernten rückwirkend die Programmlohngruppe 16 bzw. 15. Offensichtlich wollte der HDW-Vorstand es hier nicht auf eine Auseinandersetzung ankommen lassen. Die Auftragslage ist für Werftverhältnisse gut. Seit Januar sind weit über 100 Kollegen auf ein 1/2 Jahr befristet neu eingestellt worden, wovon jetzt die ersten fest eingestellt werden. Die 99 Auslerner hat HDW also übernommen, weil sie Arbeitskräfte gebrauchen. Somit hatten die HDW-Kapitalisten auch wenig Spielraum den Betriebsrat und die Belegschaft notfalls mit Erpressungen nach dem Motto „Ihr akzeptiert unsere Bedingungen oder wir übernehmen keinen" weichzukochen. Aber „Versucht haben sie es", war der Kommentar von Kollegen, nachdem bekannt wurde, daß der Vorstand einen Rückzieher gemacht hat.

Nach der Schließung von AG Weser

Arbeitslosigkeit kein Problem?

Die Zeitschrift „Welt der Arbeit" berichtete in der letzten Woche über die Ergebnisse einer Untersuchung mit dem Titel „Arbeitsmarktpolitischer Verarbeitung einer Betriebsstillegung — das Beispiel des AG Weser in Bremen". Danach haben von den knapp 2000 Kolleginnen und Kollegen, die zwischen Ende 1983 und Mitte 1984 entlassen wurden, ca. zwei Drittel wieder Arbeit gefunden. Die anderen blieben arbeitslos. Ein Teil dieser Kollegen, 123 ausländische Werftarbeiter, haben die Bundesrepublik mittlerweile verlassen.

Die Autoren dieser Studie zeigen sich über ihre Untersuchungsergebnisse freudig überrascht. Und die „Welt der Arbeit" ebenfalls. Tenor der Berichterstattung: „Qualifikation zahlt sich aus".

Hat es also nicht gestimmt, wenn Gewerkschaft und Bürgerinitiativen damals ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Bremen als Folge der Schließung von AG Weser befürchtet haben? Doch, diese Befürchtungen waren zutreffend. Denn im April '85 waren in Bremen noch einmal 2261 Arbeitslose registriert als Ende '83 und Anfang '84, als die Zahl der Arbeitslosen in Bremen rund 34000 (13,5 Prozent) betrug. Die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen um etwas mehr als 2000 anstieg, weist bereits darauf hin, daß zwischen den ansteigenden Arbeitslosenzahlen und der Schließung von AG Weser durchaus ein Zusammenhang besteht. Nur: es traf eben zu einem beträchtlichen Teil nicht die Arbeiter von AG Weser selbst, sondern andere Arbeiter, die nicht die Qualifikation, nicht die Spezialkenntnisse und nicht die Berufserfahrung der Arbeiter von AG Weser hatten. Kommentar dazu aus dem Untersuchungsbericht: „In Konkurrenz um die immer wieder freiwerdenden Stellen waren die Chancen der Belegschaft (von AG Weser) nicht schlecht."

Wobei allerdings auch die Autoren des Berichts nicht umhin können zuzugeben, daß die vielgepriesene Qualifikation sich nicht in jedem Fall ausgezahlt hat. Denn Arbeiter von AG Weser, die älter als 45 Jahre waren, haben, im Großen und Ganzen gesehen, keinen Arbeitsplatz mehr gefunden. Trotz Qualifikation, Spezialkenntnissen und Berufserfahrung.



AG Weser in Bremen — Demonstration vor dem letzten Stapellauf

Alle fordern Abbau von Überstunden

Aus einem Info des IGM-VK von SEL

Bundeskanzler Kohl, Bundesarbeitsminister Blüm, Arbeitgeberpräsident Esser und DGB-Vorsitzender Breit sind sich einig: Die Überstunden müssen weg.

Angesichts von 2,5 Millionen Arbeitslosen sind Überstunden unmoralisch und sozial schädlich.

Aus diesem Grund bildete der Betriebsrat Hauptverwaltung und Entwicklung einen Überstundenausschuß, der sich nur mit Überstundenanträgen befaßt. Grundlage für die Arbeit dieses Ausschusses ist das Betriebsverfassungsgesetz von 1972, in dem es in § 87 Abs. 1 Ziff. 3 heißt, daß der Betriebsrat bei „vorübergehender Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit" mitzubestimmen hat, d.h. ohne Zustimmung des Betriebsrates dürfen keine Überstunden angeordnet werden.

Obwohl der Ausschuß seit über einem Jahr arbeitet, hat sich die Zahl der geleisteten Überstunden nicht verringert, wie die Statistik zeigt: Überstunden von Januar bis April 1983 38767; 1984 33634; 1985 44424. In den ersten vier Monaten dieses Jahres ist die Anzahl der Überstunden im Vergleich zu den Vorjahren kräftig angestiegen.

Sollen in einer Abteilung Überstunden geleistet werden, muß der Kostenstellenleiter einen Überstundenantrag ausfüllen, in dem die Namen der Betroffenen, die Anzahl der Überstunden und die Begründung einzutragen sind. Der nächsthöhere Vorgesetzte muß den Antrag prüfen und abzeichnen und an die zuständige Personalabteilung schicken. Diese prüft den Antrag und schickt ihn an den Betriebsrat weiter, falls sie keine Einwände hatte. Erst wenn der Überstundenausschuß des Betriebsrates die Anträge unterzeichnet hat, dürfen die Überstunden angeordnet und geleistet werden. So sollte es immer sein. Leider hält sich die SEL nicht daran, rund die Hälfte aller Überstunden werden nicht beantragt, was eindeutig gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstößt. Um es noch einmal zu betonen: Überstunden, die nicht vom Betriebsrat genehmigt werden, dürfen nicht angeordnet werden; dies gilt auch für AT-Angestellte.

Viele Anträge treffen zu spät ein oder sind ungenügend begründet, abgelehnte Überstunden werden trotzdem geleistet. Um in dieses Genehmigungsverfahren Ordnung zu bringen, schlug der Betriebsrat der Personalabteilung eine Betriebsvereinbarung vor. Sie enthält folgende Forderungen:

- Absolute Freiwilligkeit der Ableistung von Überstunden;
- Freizeitausgleich für alle geleisteten Überstunden auf Verlangen des Arbeitnehmers;
- Höchstens 20 Überstunden im Monat und maximal 120 Überstunden im Jahr;
- Tarifliche Mehrarbeitszuschläge für AT-Angestellte

Dies geht über die Bestimmungen des neuen Manteltarifvertrages hinaus, der maximal 20 Überstunden im Monat zuläßt und erst ab der 17. Überstunde einen zwingenden Freizeitausgleich auf Verlangen vorsieht.

Die Personalabteilung will nicht mit dem Betriebsrat über diese Vereinbarung verhandeln. Herr Albrecht von ZPE/PEZ fand den Entwurf zwar „professionell", aber solch eine Vereinbarung sei nicht nötig. Besonders die Freiwilligkeit störte die Herren der Personalabteilung. Wo kämen wir hin, wenn die Arbeitnehmer selbst entscheiden würden, ob die Überstunden notwendig sind. Das Direktionsrecht will sich die Geschäftsleitung nicht beschneiden lassen.

Nach dem neuen Manteltarifvertrag sind seit dem 1. April bis zu 20 Überstunden im Monat erlaubt. Sollen mehr gemacht werden, ist eine gesonderte Betriebsvereinbarung abzuschließen. Obwohl dies bisher nicht der Fall ist, haben mehr als 120 Kolleginnen und Kollegen im April mehr als 20 Überstunden geleistet. Dies verstößt gegen den Tarifvertrag, für dessen Einhaltung die Geschäftsleitung verantwortlich ist. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates wurden ebenfalls verletzt. Die Geschäftsleitung verstößt dauernd gegen Gesetze und handelt nach dem Motto: Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Mit vertrauensvoller Zusammenarbeit, die das Betriebsverfassungsgesetz fordert, hat das nichts zu tun.

Um die Überstunden spürbar abzubauen, ist folgendes nötig:

- Die Entscheidungsprozesse müssen für jeden sichtbar gemacht werden (z.B. vernünftige Begründung der Überstunden, Ablehnungsgründe des Betriebsrates);
- Der Betriebsrat muß weiterhin auf Abschluß einer Betriebsvereinbarung bestehen;
- Die Forderungen der Betriebsvereinbarung sind Richtschnur bei der Genehmigung von Überstunden;
- Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates sind durchzusetzen, notfalls durch Gerichtsentscheidung;
- Es darf niemand ein Nachteil entstehen, der konsequent Überstunden verweigert;
- Den Kolleginnen und Kollegen muß erläutert werden, daß durch Überstunden die Arbeitsplätze nicht sicherer werden, sondern im Gegenteil langfristig unsicherer;
- Es muß allen Kollegen bewußt werden, daß Dauerüberstunden unsolidarisch gegenüber den Arbeitslosen sind.

IGM-Tarifdiskussion

Laufzeit 6 Monate?

Lebhaft entwickelt sich in der IG Metall die Diskussion über die Strategie in den kommenden Tarifrunden zur Frage Lohn/Gehalt und Arbeitszeitverkürzung. Für erhebliches Aufsehen sorgte die Aussage von Hans Janßen, Tarifexperte im IGM-Vorstand, daß die IGM in der kommenden Lohnrunde einen Vertrag mit einer Laufzeit von nur 6 Monaten anstreben solle.

Erfreulich in der Diskussion ist zunächst einmal, daß zwar allerorten die Notwendigkeit herausgestellt wird, daß in der kommenden Lohnrunde eine spürbare Lohnerhöhung durchgesetzt werden muß, also nicht nur die uneingelöste Reallohnsicherungs-Parole der letzten Jahre, daß gleichzeitig aber die Notwendigkeit unterstrichen wird, am Kampf für die 35-Stunden-Woche festzuhalten.

So heißt es in einer Resolution der Vertreterversammlung Köln der IGM: „Durch die Reallohnverluste der vergangenen Jahre ist ein Lohnabschluß erforderlich, der zu einer Reallohnsteigerung führt. Diese Schlußfolgerung steht aber keineswegs als Alternative zur Notwendigkeit der Erreichung der 35-Stunden-Woche. Beide Ziele sind aus dem Blickwinkel der Interessen unserer Mitglieder gleichermaßen zwingend erforderlich und angesichts der Entwicklung der Unternehmergewinne ohne weiteres zu finanzieren."

In die gleiche Richtung geht eine Resolution der Vertreterversammlung Hanau, in der eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7 Prozent gefordert wird. In der Hanauer Entschließung heißt es weiter: „Diese Forderung ist wirtschaftlich machbar und politisch vertretbar, nachdem die Arbeitnehmer in den vergangenen fünf Jahren Lohn- und Gehaltseinbußen hinnehmen mußten und das Realeinkommen der abhängig Beschäftigten auf den Stand des Jahres 1978 abgesunken ist. Hierbei darf die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht zweitrangig behandelt werden."

So weit es aus den bekannt gewordenen Entschließungen und Meinungsäußerungen von Vorstandsmitgliedern hervorgeht, tritt eine Position, die offen die Frage der Lohn- und Gehaltserhöhung gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche ausspielt, nicht auf. Das bedeutet aber nicht, daß hinter der Betonung, es müsse nun eine „reine Lohnrunde" geben, sich nicht häufig diese Absicht verbirgt.

Um so wichtiger ist es, daß Entschließungen, die sich mit der Frage der Lohn- und Gehaltsrunde beschäftigen, gleichzeitig eindeutig die Fortsetzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche festschreiben.

Jene Kräfte, die eine Fortsetzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche nicht wollen, müssen nicht unbedingt offen dagegen auftreten. Sie wissen, daß im Rahmen der Lohn- und Gehaltsrunde Fakten geschaffen werden können, die es schwierig machen, im Herbst den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ernsthaft anzugehen. Das würde etwa zutreffen, wenn die Laufzeit des Lohntarifs eine parallele



Führung des Kampfes für mehr Lohn und Gehalt und für die Wochenarbeitszeitverkürzung unmöglich machen würde, weil dann die Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und vollem Lohnausgleich kaum zu realisieren wäre.

Insofern ist es tatsächlich notwendig, die nächste Lohnrunde und den Kampf für die 35-Stunden-Woche, der Tarifvertrag über die Wochenarbeitszeit ist zum Herbst 86 kündbar, im Zusammenhang zu diskutieren.

Franz Steinkühler äußerte sich betont nebulös: „Bei der zeitlichen Festlegung kommt es nicht nur auf das Auslaufen der Tarifverträge an, sondern auch auf die Einschätzung der eigenen Kraft und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen." Steinkühler ist sich offensichtlich noch nicht darüber im klaren, in welchen Wind er sein Fähnchen hängen soll.

Konkret spielen die Konzepte von Eisemann und Janßen im Moment die Hauptrolle in der Diskussion.

Eisemann bekräftigte Anfang letzter Woche nach einer Sitzung der Bezirkskommission Baden-Württemberg seine Auffassung, 1986 eine reine Lohn- und Gehaltsrunde durchzuführen, um im Frühjahr 1987 für Arbeitszeitverkürzung und Lohn in den Kampf zu treten.

Eisenmann: „Eine akzeptable Lohn- und Gehaltserhöhung und wirksame Arbeitszeitverkürzung kann nicht in einem Husarenritt gleichzeitig erreicht werden..." Gegen diese Konzeption sprach sich Hans Janßen aus. Seiner Auffassung nach soll die IG Metall einen Lohntarifvertrag mit einer Laufzeit von 6 Monaten anstreben. So soll die gegenwärtige Unterschiedlichkeit der Laufzeiten von Einkommens- und Arbeitszeittarifverträgen ausgeglichen werden. Nach dem 1. Oktober könne dann über höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeit zusammen verhandelt werden.

Für den Janßen-Vorschlag hat sich mit folgender Resolution auch die Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Berlin ausgesprochen: „Die Vertreterversammlung fordert die Tarifkommissionen für Arbeiter und Angestellte auf, sich dafür einzusetzen, daß der nächste Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche im Herbst 1986 erfolgt. Angesichts der anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit darf es keine Verschiebung auf 1987 geben. Das bedeutet, daß der nächste Lohn- und Gehaltstarifvertrag nur eine Laufzeit von 6 Monaten hat, damit im Herbst 1986 wieder über Entgelt und Arbeitszeit verhandelt werden kann."

Der IGM-Vorstand will auf einer Klausurtagung am 14./15. Januar über den Fahrplan für beide Tarifrunden entscheiden. Bis dahin geht es darum, die Notwendigkeit des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich breit zu verankern.

DGB-Herbstaktionen

Lichtblick „metall"

Angesichts der Flaute, die aus den meisten Orten in punkto Mobilisierung für die Aktionswoche des DGB im Oktober gemeldet wird, ist die neue „metall" ein echter Lichtblick. 12 Sonderseiten bieten Informationen, Kommentare und Aktionsbeispiele zum Thema Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Angriff auf Arbeitnehmerrechte. Wirklich sehr zu empfehlen.

„metall" bietet unter anderem ein ABC des Sozialabbaus durch die Bonner Regierung, bei dem von „A" wie Arbeitslosenversicherung bis „Z" wie Zeitarbeit die arbeiterfeindlichen Maßnahmen derBundesregierung im einzelnen dargestellt werden.

In einem anderen Beitrag geht es um die Steigerung der Unternehmergewinne (Steigerung von 32 Prozent von '81 bis '84) und die Art der Investitionen, die — wenn überhaupt — getätigt wurden. „Die Regierung tut nix" heißt ein Artikel zur Arbeitslosigkeit usw. usf.

Natürlich kann „metall" die mangelnde Mobilisierungsarbeit der Gewerkschaften nicht wettmachen. Aber vielleicht kann sie dazu beitragen, daß zumindest mehr Metaller den Orts- und Bezirksverwaltungen mit der Forderung nach konkreten Mobilisierungsmaßnahmen auf die Bude rücken.

Millionen liegen auf der Straße — eine Aktion der IGM in Osnabrück, die sicher auch im Oktober eine gute Resonanz fände.

Meldungen

Sonderbonus

Wie bereits gemeldet, kam es am 5. und 6. September im Wolfsburger VW-Werk zu spontanen Arbeitsniederlegungen gegen Sonderschichten, Springerregelung und Zeitverträgen. In der Belegschaft kam dabei auch die Forderung nach einem „Sonderbonus" von 1000 Mark auf, also einer einmaligen Zahlung, die die tarifvertraglich für den 1.11.85 vereinbarte zweiprozentige Lohnerhöhung aufbessern soll.

Sonntagsarbeit

Immer mehr Kaufhäuser haben auch am Sonntag geöffnet. Verkauft wird offiziell in der Regel zwar angeblich nicht, dafür wird zur Besichtigung geladen. Für die Beschäftigten aber bedeutet das: Sonntagsarbeit. In Mönchengladbach haben Einzelhändler jüngst wieder mit Hilfe eines sogenannten Dringlichkeitsbeschlusses und unter Einschaltung des Oberbürgermeisters eine Erlaubnis zusätzlicher Sonntagseröffnung erlangt. Die HBV hat dagegen protestiert, daß auf diese Weise das Ladenschlußgesetz und das Verbot der Sonntagsarbeit unterlaufen wird. Die HBV will diese Frage auch zum Gegenstand der Aktionswoche des DGB machen.

Schwierige Betriebsarbeit

Veröffentlicht wurde jetzt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung über die Arbeit von Betriebsräten in Klein- und Mittelbetrieben. Der Studie liegt eine Fragebogenaktion in 120 nordhessischen Betrieben zugrunde, die in den letzten 12 Monaten durchgeführt wurde. Das Ergebnis kann nicht überraschen. Der Hälfte der Betriebsräte in Klein- und Mittelbetrieben wird ihre Tätigkeit weit über die gesetzlichen Beschränkungen hinaus erschwert. Die Betriebsratsarbeit muß meist in der Pause gemacht werden. Auch stundenweise Freistellung für Betriebsratstätigkeit erfordert ständige Auseinandersetzung. Problemlose Freistellung von der Arbeit gibt es offensichtlich nur für Betriebsratssitzungen.

Die Realität in den Klein- und Mittelbetrieben spiegelt die Studie insofern nur beschränkt wider, als eine Untersuchung der Verhältnisse in den Klein- und Mittelbetrieben, in denen es überhaupt keine Betriebsräte gibt, noch ganz andere Probleme zu Tage fördern würde.

Frauen-Diffamierung

„Recht auf Arbeit — auch für Frauen — Schluß mit der Doppelverdiener-Parole" ist der Titel einer von der HBV herausgegebenen Broschüre. Die Broschüre soll Teil einer Kampagne gegen die Diffamierung berufstätiger Frauen sein. Sie ist beim HBV-Vorstand erhältlich.

Arbeitsplatzabbau am Bau

100000 Arbeitsplätze sind in der Bauindustrie in letzter Zeit vernichtet worden. Günter Herion, Präsident des Verbandes der deutschen Bauindustrie, erwartet, daß die Zahl der in der Bauindustrie Beschäftigten, die zur Jahresmitte 85 noch bei über einer Million lag, sich weiter auf 900000 reduzieren wird.

Karstadt: massiver Stellenabbau

Nicht hinnehmen will die HBV nach Aussage ihres zweiten Vorsitzenden Dieter Steinborn, daß die am 1. Januar 1986 in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung „null Beschäftigungswirkung" bringe. Steinborn erklärte das auf einer Konferenz von Karstadt-Betriebsräten, an der rund 550 Betriebsratsmitglieder teilnahmen. Steinborn wies darauf hin, daß Karstadt in den letzten Jahren bereits über 10000 Arbeitsplätze abgebaut hat.

Gewerkschaftstag

In Westberlin begann am letzten Wochenende der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten. Zum Auftakt des Gewerkschaftstages sprachen Ernst Breit und auch Norbert Blüm.

Ernst Breit warf der Bundesregierung „beschäftigungspolitische Tatenlosigkeit und den Abbau von Sozialleistungen und Gewerkschaftsrechten" vor. Außerdem kritisierte er die Umweltpolitik der Bonner Regierung.

Ängstliche Gemüter können jetzt nach dieser Breit-Rede übrigens erleichtert aufatmen. Denn, so Breit, die Gewerkschaften hätten nicht vor, in der geplanten Aktionswoche im Oktober die Bonner Regierung zu stürzen. Schade, Ernst Breit beim Sturm auf den Bonner Langen Eugen hätte ein nettes Bild sein können...

Norbert Blüm sprach wie üblich vor allem über die notwendige Zusammenarbeit von Bundesregierung und Gewerkschaften. Und natürlich über die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Als der Minister dabei auf das Thema Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu sprechen kam, erntete er allerdings Zwischenrufe und laute Kritik. Denn die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten fordert schon lange die Umwandlung der bestehenden ABM-Maßnahmen in Dauerarbeitsplätze.

Dem Gewerkschaftstag liegen Anträge vor allem zur Tarifpolitik, zur Umwelt- und Sozialpolitik vor.

Überlegungen zum „Anti-NATO-Kongreß"

Am 6. Oktober 85 findet von 12.°° bis 18.°° Uhr das erste Vorbereitungstreffen für einen Anti-NATO-Kongreß im Frühjahr 86 in Frankfurt statt. Das nachfolgend dokumentierte Papier dient der Vorbereitung des Treffens und wurde im Trägerkreis der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen" entwickelt. Der genaue Ort der Konferenz kann bei der Redaktion angefragt werden.

Orientierungs-debatte anhand der NATO-Frage

Was kann die Zielsetzung eines Anti-NATO-Kongresses zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein? Der Teil der Friedensbewegung, der für sich in einer Anti-NATO-Orientierung eine Perspektive findet, beschränkt sich bislang auf einen relativ engen Kreis politisch Aktiver, während ein Großteil der Aktivisten diese Frage ausklammert und nach „neuen Zuspitzungen" in einzelnen Aufrüstungsschritten (z.B. SDI-Programm) sucht.

Wir sehen aber einen Zusammenhang zwischen der in der Friedensbewegung seit Ende 1983 ausgebliebenen Orientierungsdebatte und der weiteren Tabuisierung der NATO-Frage. Von daher muß es gegenwärtig vor allem unser Anliegen sein, die NATO als Ausdruck des Gesamtzusammenhanges der Kriegsvorbereitung öffentlich in die Diskussion zu bringen.

Da der Thematisierung der NATO in der Friedensbewegung immer noch ein beträchtlicher Widerstand entgegengesetzt wird, müßte ein Schwerpunkt des Kongresses in der politischen Auseinandersetzung mit solchen Positionen sein. Somit stellen sich drei wesentliche „Ziele" für den Kongreß heraus:

1. Aufbrechen des Tabus NATO und Problematisierung der Rolle der BRD in der NATO als „brisantes" Thema in diesem Zusammenhang,
2. Auseinandersetzung mit Positionen in der Friedensbewegung, die eine Anti-NATO-Orientierung für falsch halten,
3. „Werben" für unsere Positionen gegen die NATO und Entfachen einer intensiven Orientierungsdebatte innerhalb der Friedensbewegung um diese Frage.

Darüber hinausgehende Erwartungen an den Kongreß erscheinen uns dagegen zu hoch gegriffen. Wohl erst auf längere Sicht hin erscheint es möglich, innerhalb der Friedensbewegung eine Anti-NATO-Stoßrichtung als eigenständigen Pol zu etablieren, der öffentlich sichtbar seine Gegnerschaft gegen die NATO verficht.

Vorstellbar und auch erwünscht wäre das Knüpfen erster Kontakte mit anderen westeuropäischen Friedensbewegungen (Spanien, Griechenland, Irland u.a.) und die Beschaffung/Verbreitung von Informationen über deren Erfahrungen und Ansätze. Am geeignetsten hierfür erscheint uns eine Art Informationsrundreise von einigen ausländischen Gästen durch die BRD im Vorfeld des Kongresses. Natürlich spricht dies nicht dagegen, daß einige ausländische Gäste am Kongreß selber teilnehmen und in gewissem Rahmen von ihren Erfahrungen berichten können.

Konzentration auf das Thema BRD und NATO

Während in der Friedensbewegung in den letzten Jahren eine größere Themenpalette relativ ausführlich diskutiert wurde, sollte es auf einem Anti-NATO-Kongreß darum gehen, bisher nur am Rande oder nicht behandelte Themen zu diskutieren und Zusammenhänge aufzuzeigen. Aus Gründen der „Brisanz" halten wir dabei eine Konzentration auf das Thema BRD und NATO für sinnvoll. Darunter gefaßt wären beispielsweise folgende Fragestellungen vorstellbar:

- BRD als zentrales Aufmarschgebiet — welche Funktion würde das Schlachtfeld BRD nach den Planungen der NATO im Ernstfall einnehmen?
- Wie ist der Einfluß der BRD auf die Entwicklung der Militärstrategie der NATO?
- Welche Rolle spielt die Bundeswehr, und wie ist ihre Aufrüstung zur konventionellen Streitmacht zu beurteilen?
- Interesse und Rolle der BRD in der Europäisierungsdebatte innerhalb der NATO — welche Rolle spielen die Parteien (besonders die SPD)?
- BRD und Atomwaffen — ist eine europäische Atomstreitmacht eine reale Option für die westeuropäischen Eliten und welche Rolle spielt die BRD dabei?
- Welche Rolle spielt die BRD (und die Bundeswehr) im Rahmen der westeuropäischen und NATO-Kriegsplanungen gegen die 3. Welt?

Diese und ähnliche Fragen müßten u.E. Schwerpunkt der von Arbeitsgruppen diskutierten Inhalte auf dem Kongreß sein. Die Diskussionen über Aktionsansätze und -formen würde dagegen wesentlich geringeren Raum einnehmen müssen und im konkreten Zusammenhang mit der inhaltlichen Diskussion stehen.

Im Rahmen eines Anti-NATO-Kongresses, dessen Schwerpunkt notwendigerweise auf der politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung liegen müßte, wäre vielleicht die Fragestellung interessant, inwieweit es heute schon Aktionsansätze gibt, die im Hinblick auf eine Anti-NATO-Orientierung praktische Relevanz gewinnen können oder die sich selbst im Rahmen einer Anti-NATO-Stoßrichtung sehen und wie diese eventuell weiterentwickelt werden können.



Termine

KPD-Konferenz zum Thema Volksfront

Am 30.11. und 1.12.85 findet in Dortmund der nächste Volksfront-Bundeskongreß statt. Auf diesem Kongreß werden wichtige Entscheidungen darüber fallen, wie die Volksfront ihre weitere Arbeit gestalten wird, welche politischen Schwerpunkte für die Zukunft gesehen werden und auf welche Weise sie angegangen werden sollen. In der Volksfront selber gibt es darüber zum Teil recht heftige Auseinandersetzungen. Solche Auseinandersetzungen — bzw. sehr unterschiedliche Meinungen — gibt es auch in unserer Partei, auch unter den Genossen, die heute noch sehr stark in der Volksfront engagiert sind.

Deshalb hat die Antifa-Abteilung beim ZK beschlossen, im September alle Genossen der KPD, die in der Volksfront oder auch anders im antifaschistischen Kampf engagiert sind, zu einem Treffen einzuladen. Dieses Treffen findet **am Sonntag, 29. September 85, ab 11 Uhr in Dortmund, Wellinghofer Str. 103** statt.

Im Mittelpunkt der Diskussion sollte die Auseinandersetzung um die aktuell notwendige politische Stoßrichtung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus in seinen verschiedenen Bereichen stehen. Und was daraus für unsere Arbeit in der bzw. unsere Haltung zur Volksfront folgt. Darüber hinaus soll aber kein Thema, keine Frage ausgeklammert werden, die für den antifaschistischen Kampf wichtig ist.

Wir bitten deshalb um rege Beteiligung. Eine Anmeldung der Genossen, die teilnehmen wollen, über das Dortmunder Büro wäre hilfreich.

Sofern schriftliche Stellungnahmen von Genossen zu dem betreffenden Thema eingehen, werden wir sie den interessierten Genossen vorher zuschicken.

Achtung! Terminänderung! Die Konferenz findet nicht, wie angekündigt, am Sonnabend, den 28.9. '85 statt, sondern am Sonntag, den 29.9. 85.

MLPD gegen „'ran"

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN! GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UND RASSISMUS. DGB Jugend

Vor kurzem hat das DGB-Jugend-Magazin „'ran" die Kampagne „Mach' meinen Kumpel nicht an" gestartet. Symbol der Kampagne ist die gleiche erhobene Hand, mit der die Bewegung SOS Rassismus in Frankreich bereits einen erfolgreichen Feldzug gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus führt. Die KPD begrüßt diese Kampagne wärmstens. Ganz anders die MLPD. In der letzten „Roten Fahne" wird u.a. kommentiert:

„Von den Ursachen der Ausländerfeindlichkeit — dem Kapitalismus — und der notwendigen Herstellung der Aktionseinheit von ausländischen und deutschen Kollegen gegen die Angriffe von Monopolen und Staat lenkt die DGB-Bundesjugendführung ab:

Sie gibt der Aktion die Stoßrichtung, ausschließlich unter seinen Kumpels ausländerfeindliche Einstellungen zu bekämpfen und für die Integration (Eingliederung) der Ausländer in diese Gesellschaft einzutreten. Doch diese Gesellschaft ist eine kapitalistische Ausbeutergesellschaft. Sich da für die Eingliederung unserer ausländischen Kumpels einzusetzen hieße, sich im Interesse der Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrückung für den Erhalt des „sozialen Friedens" stark zu machen.

Wir Marxisten-Leninisten vertreten dagegen die Losung: Deutscher und ausländischer Kollege, gemeinsam kämpfen für Arbeit, Frieden und Schutz der natürlichen Umwelt — vorwärts zum Sozialismus! Im Sozialismus, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, wird jegliche politische Diskriminierung ausländischer Kollegen beseitigt sein. Darum: Eine Klasse — ein Gegner — ein Kampf."

Nun ist es ja nicht so, daß die MLPD keine Forderungen gegen die politische Diskriminierung ausländischer — pardon, demokratischer, antifaschistischer und kommunistischer ausländischer Kollegen — erhebt. Das sei der Gerechtigkeit halber festgestellt. Nur: was nützt das, wenn mit der oben zitierten Ignoranz und Borniertheit alle Bestrebungen zur Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern umstandslos als Hilfsdienste für den Kapitalismus diffamiert werden? Wie wenig sich die MLPD dabei von dem beirren läßt, was sich in Wirklichkeit abspielt, wurde erst kürzlich in einem anderen Artikel der „Roten Fahne" deutlich, in dem auch für Südafrika die reale Existenz der Rassenfrage und des Rassismus geleugnet und die MLPD-Erkenntnis verbreitet wurde: „Die Rassenfrage ist nur eine Ablenkung von der eigentlichen Frage: der Klassenfrage." Diese Weigerung, die Notwendigkeit eines eigenständigen Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus anzuerkennen, ist sicher in gewisser Weise MLPD-spezifisch.

In einem anderen Punkt wird die Kampagne der DGB-Jugend dagegen auch von anderen Linken kritisiert. Darin nämlich, daß „'ran" in der Tat jeden einzelnen aufruft, an seinem Arbeitsplatz, in der Kneipe usw. ausländerfeindlichen und rassistischen Äußerungen und Haltungen entgegenzutreten. Wobei „'ran" nicht sagt, daß der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus auf dieses persönliche Engagement beschränkt sein soll, wie die „Rote Fahne" behauptet, aber doch schwerpunktmäßig dazu aufruft.

Wir können an diesem Aufruf von „'ran" nichts Verwerfliches finden. Im Gegenteil. Wir glauben, daß der Kampf gegen die ausländerfeindliche Politik der Wende-Regierung überhaupt nur erfolgreich sein kann, wenn er sich auf eine breite Massenstimmung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit stützen kann. Zur Entstehung einer solchen Massenstimmung ist aber eben auch notwendig, daß viel mehr Menschen als gegenwärtig auch im sogenannten Privatleben die Zivilcourage aufbringen, gegen ausländerfeindliche Äußerungen aufzutreten.

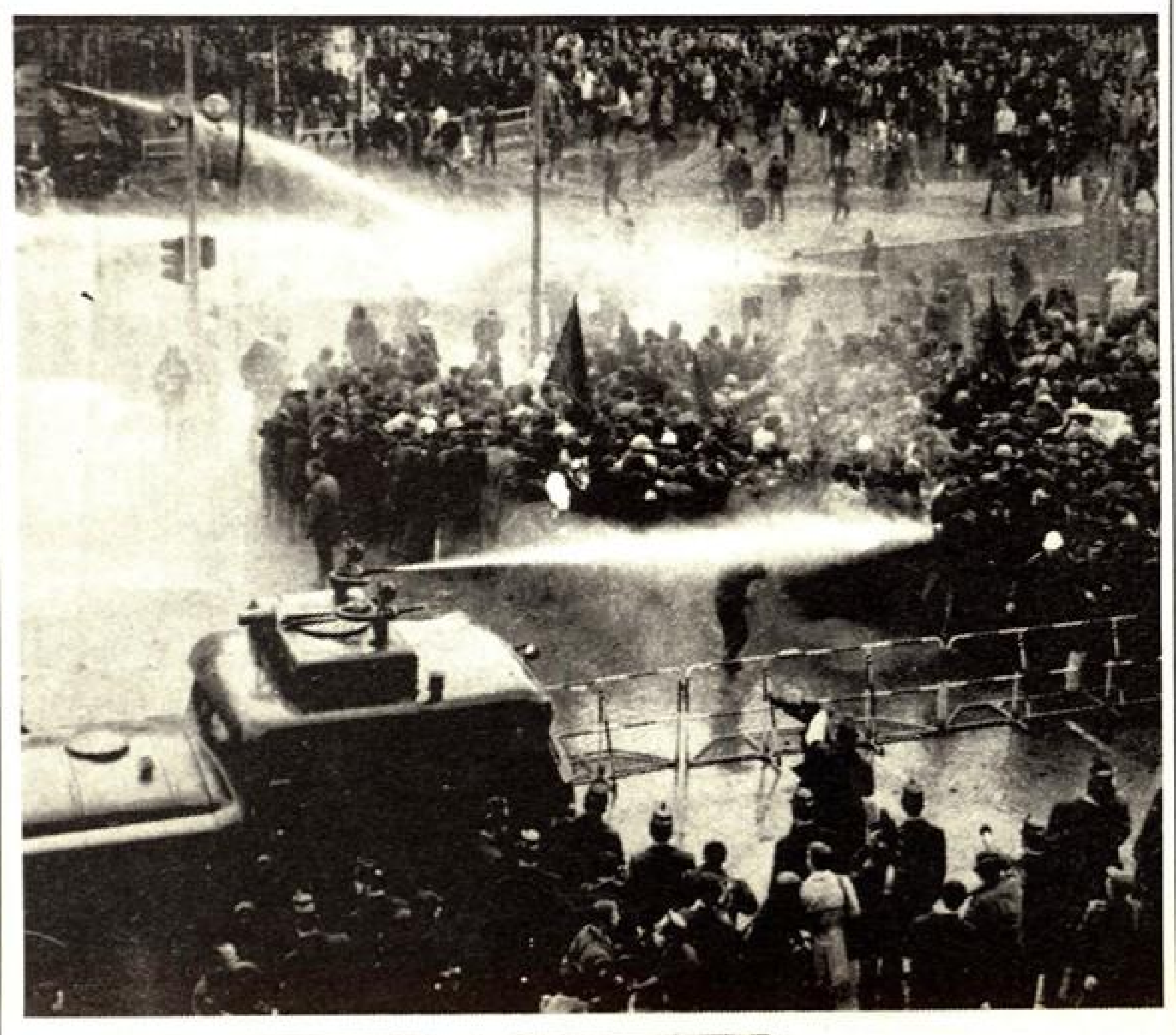
Es hat sich in Frankreich gezeigt, daß die Bewegung SOS Rassismus auf ähnliche Weise, wie es die DGB-Jugend jetzt versucht, in der Lage war, massenhaften Widerstand gegen die Ausländerfeindlichkeit zu entwikkeln. Wir meinen, daß es darauf ankommt, daß alle ihren Teil dazu beitragen, daß es bei uns zu einer ähnlichen Entwicklung kommt.

Außerdem glauben wir, daß es auch so manchem revolutionären Menschen etwas mehr Zivilcourage der Art, wie die DGB-Jugend sie fordert, nichts schaden würde. Denn es gibt sie doch, die Revolutionäre, die gegen die Ausländerfeindlichkeit demonstrieren und gegen sie Flugblätter verteilen und es im sogenannten Privatleben vorziehen, stumm den Kopf zu schütteln als laut zu protestieren, oder nicht?

Ein „Nachruf" auf Axel C. Springer

Eine Rechnung blieb offen

Axel Springer ist gestorben. Ein Tod, der bei fortschrittlichen Menschen in der BRD sicher keine Bewegung hervorrufen wird. Sicher: Es ist bei politisch aktiven oder auch nur interessierten Menschen bekannt, welche politische Linie — und das war stets auch die des Chefs des Hauses — der Medienkonzern Springer verbreitete. Sprachrohr des rechten Lagers der Konservativen ist in diesen Blättern immer auch der Übergang zu faschistischer Hetzpropaganda vorhanden. Und nicht umsonst wurden und werden diese Vielzahl Veröffentlichungen immer auch mit dem Begriff „Springer-Presse" bezeichnet, was so bei keinem anderen kapitalistischen Großverleger der Fall ist.





„Springer hat mitgeschossen"

Diese und ähnliche Parolen hallten in den Ostertagen des Jahres 68 durch die Straßen vieler Städte der BRD. Und sie trafen voll und ganz zu: Das Attentat auf Rudi Dutschke, an dessen Spätfolgen er Jahre darauf verstarb, ausgeführt von einem Herrn Bachmann war das Werk der Springer-Presse. Eine monatelange Kampagne hatte den Lesern von „Bild" und Co. nahegelegt, daß der Mann, der damals wie kein anderer Repräsentant der Studentenbewegung bzw. ihres radikalen Flügels im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) war, der Grund aller Unruhe sei und daß er verstummen müsse, damit wieder „Ruhe im Land" herrsche.

Dies war der Höhepunkt einer Entwicklung, die mit den Protesten in der BRD gegen die Aggression der USA in Vietnam — und deren Unterstützung durch die Bundesregierung der großen Koalition — begonnen hatte. Keine Beschimpfung war der Springer-Presse zu schmutzig, keine Unterstellung zu hinterhältig und keine Lüge zu gemein, um diesen sich ausbreitenden Protest einer Bewegung, die in erster Linie Jugendbewegung war, zu denunzieren.

Als der Westberliner Polizist Kurras am 2. Juni 1967 bei einer Protestdemonstration gegen den Besuch des Diktators Reza Pahlevi den Studenten Benno Ohnesorg erschoß, hatte die Springer-Presse nicht nur auch bereits dafür das Klima geschaffen, sondern wies auch danach den Protestierenden die ganze Schuld zu.

Und immer, das kann gar nicht oft genug betont werden, wurde deutlich gemacht, daß dies die politische Auffassung war, die Axel Springer verbreitet haben wollte.

In dem dreiviertel Jahr zwischen Juni 67 und Ostern 68, zwischen dem Polizeimord an Benno Ohnesorg und dem Attentag auf Rudi Dutschke, nahm die Hetze der Springer-Blätter Formen an, die sich zeitweise kaum noch von den Tiraden der Nazi-Presse unterschieden, die man mit Fug und Recht als Mordhetze bezeichnen konnte — mußte. Da war es keine Überraschung, daß bei weiten Kreisen der Öffentlichkeit, keineswegs nur bei den aktiveren Teilen jener Bewegung der Eindruck entstand, daß der Attentäter Bachmann nur ein Werkzeug der Springerschen Kampagne war.

In jenen Ostertagen wurden Zehntausende neu mobilisiert zum Protest, als es zu den bundesweiten Blockaden gegen die Auslieferung der Zeitungen des Propagandakonzerns kam. Eines der größten Polizeiaufgebote, das bis dahin in der BRD aufgeboten worden war, versuchte gegen massivsten Widerstand zumindest teilweise eine Auslieferung der Zeitungen zu ermöglichen — unterstützt von einer Regierungspropaganda, die die Protestaktionen als gegen die freie Meinungsäußerung gerichtet verurteilte. Hunderte und Tausende junger Menschen erlebten in jenen Tagen ihre erste Konfrontation mit der Staatsgewalt der BRD, die voll auf der Seite der Springer-Hetze eingriff.

„Enteignet Springer"

In den Jahren danach gab es in manchem Feuilleton bürgerlicher Zeitungen Mutmaßungen darüber, welch geniale Sprachschöpfungen jene Bewegung, (die im Nachhinein natürlich viel „freundlicher" beurteilt wurde als zu der Zeit, da sie die Zähne zeigte) hervorgebracht habe — und dabei wurde oft genug auf das kurze prägnante Schlagwort „Enteignet Springer" verwiesen. Was bei diesen Kulturkritikern unter den Tisch fällt, ist die ganz banale Feststellung, daß es sich dabei um eine politische Forderung handelt, die einfach und bündig ernst gemeint war. Diese Losung stand für eine politische Auffassung, die vertrat, daß es kapitalistische Interessen waren, die die Ursache für die Hetzkampagnen Springers waren und, daß die damals bereits stattfindende Konzentration des kapitalistischen Pressewesens zu einer immer stärkeren gleichförmig-reaktionären Massenpresse führen würde, was zu verhindern sei. Außerdem wurde diese Losung damals oft genug gleichgesetzt mit der Forderung nach der Enteignung der Kapitalisten überhaupt, deren damals prominentester Vertreter Springer war. Eine Kampagne gegen Springer führte in jener Zeit übrigens zu einem deutlichen Absacken der Auflagen der allerwichtigsten Zeitungen.

Ohne Zweifel: Es gibt größere Medienkonzerne als den Springers, sei es Bertelsmann oder Holtzbrinck. Aber es gibt keinen, der in aller Öffentlichkeit so bekannt und so profiliert war und ist wie dieser Springer-Konzern. Es gibt auch keinen, bei dem so ausdrücklich mit allen gewissenlosen Methoden gearbeitet wird wie hier: Die verschiedenen Veröffentlichungen etwa eines Günther Wallraff haben hier zahllose Beweise vorgelegt.

Der „Hugenberg" der BRD (wie er in Anlehnung an den extrem rechten Pressezaren der Weimarer Republik und Scharfmacher der damaligen Deutschnationalen Volkspartei auch genannt wurde) ließ stets aus alle Rohren feuern, wenn es darum ging, reaktionäre Politik zu verbreiten, dabei helfen sie durchzusetzen. Das setzte sich in den Jahren nach der 68er Bewegung in allen politischen Fragen fort.

Der „Antifaschist"

Von verschiedener Seite aus wurde Springer trotz aller seiner extrem reaktionären Machenschaften als „Antifaschist" bezeichnet. Nicht etwa, weil er etwas gegen alte und neue Nazis gehabt hätte, der Grund war ein anderer: Seine konsequente Propaganda für Israel.

Im selben Jahr als Ohnesorg auf der Schah-Demonstration erschossen wurde, in denselben Tagen, fand der sogenannte Junikrieg statt. Der Überfall, der mit westdeutschem Geld und amerikanischen Waffen bis an die Zähne hochgerüsteten israelischen Armee auf eine Reihe arabischer Nachbarstaaten. Dieses Verbrechen feierten die Springer-Blätter als wahre „Heldentat", rückten sie ganz deutlich in die Nähe reichsdeutscher Blitzkriege, schilderten sie ziemlich offen unter dem Motto „Die Juden heute sind fast so tolle Soldaten wie früher die Deutschen". Die Hetze gegen alles Arabische war in jenen und in vielen folgenden Jahren einer der Grundzüge der Springer-Presse.

Neben „Bild", „Welt", (die die Rückschläge aus den 60er Jahren nie ganz überwinden konnte) und Westberliner Zeitungen ist ein wesentlicher Bestandteil des Propagandaimperiums Axel Cäsar Springers immer auch die größte bundesdeutsche Fernsehzeitschrift „Hör Zu" gewesen. Weit mehr als bloße Information über Programme war Hauptabsicht dieser Zeitschrift stets gewesen, möglichst stark Einfluß auf Zuschauererwartungen und Programmgestaltung zu nehmen, was ihr oft genug glückte. Das Vorkämpfertum für die vielbeschworenen „neuen Medien" in den letzten Jahren war da nur konsequente Fortführung früherer Haltungen.

Bis zu Ende konsequent

Diese Konsequenz in der reaktionären Haltung Springers läßt sich in allen Bereichen nachvollziehen. Ob es die Tiraden von den „faulen Arbeitslosen" (Vor allem zu Beginn der 80er Jahre) waren oder die Hetze gegen Punks, ob es das Verdammen der Homosexuellen anhand der Aids-Propaganda war und das Schüren von Vorurteilen gegen ausländische Mitbürger (Stichwort: „Asylantenschwemme") — alles das, was bereits Mitte der 60er Jahre festzustellen war, wurde, jeweils der entsprechenden Situation und den dabei entstehenden Fragen angepaßt, konsequent fortgeführt.

Vor allem in zwei Dingen tat sich die Springerpresse in den letzten Jahren ganz besonders hervor: Im Trommeln für die von den Kapitalisten geforderte „Wende" (sei es bereits mit der Strauß-Kandidatur oder nachher mit dem Lambsdorff-Papier, das die SPD/FDP-Koalition sprengte) und in der Hetze gegen die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Die Vorgehensweise dabei war immer dieselbe: Es wurde ein sogenannter „Mann auf der Straße" (oder auch Frau), in der Regel als Arbeiter bezeichnet, ausgewählt, der dann die passenden Sätze verkünden durfte. (Und oft genug ließ sich später feststellen, daß es diesen Menschen gar nicht gab oder daß er etwas ganz anderes gesagt hatte, als es im entsprechenden Springer-Blatt gestanden hatte). Serienweise durften im Frühjahr 84 Arbeiter ihre Meinung zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den Spalten vor allem von „Bild" und „Bild am Sonntag" kundtun: Ganz zufällig waren 95 Prozent voll und ganz dagegen — immer weil dies den Betrieb zu sehr belaste. Daß die entsprechenden gewerkschaftlichen Urabstimmungen dann ein ganz anderes Bild dieser Sachlage ergaben, muß als eine der größten Niederlagen in den verschiedenen Springer-Kampagnen bezeichnet werden.

Bis zu seinen letzten Tagen blieb Springer bei seiner Haltung, über seinen Tod hinaus hoffte er wohl, den „Laden" gerichtet zu haben. Und immer blieb er der Mann, der dafür sorgte, daß bestimmte Dinge im Konzern passierten, daß bestimmte Kampagnen gemacht wurden. Es gibt keinerlei Grund, jetzt da er tot ist, dies alles zu vergessen, unter dem Motto „Nichts Schlechtes über Tote". Er war kein Mann, der sich für irgendetwas anderes eingesetzt hat als für jede reaktionäre Bestrebung des bundesdeutschen Kapitals, der Repräsentant des rechten Flügels, der Trommler für den Revanchismus in all den Jahrzehnten, der Finanzier zahlreicher reaktionärer Machenschaften.

Und eben ein Mann, auf dessen Wirken unter anderem die Toten Ohnesorg und Dutschke zurückzuführen sind, eine Verantwortung, für die ihm viele zu gegebener Stunde die Rechnung gerne präsentiert hätten. Nun ist es eine offene Rechnung geblieben.

Der Kampf in Südafrika ist ein Massenkampf!

Auf Initiative der Solidaritätsgruppen AKAFRIK Münster und der AZANIA-Koordination ist auf der Bonner Demonstration ein Flugblatt verteilt worden, das die gesamte Breite des südafrikanischen Widerstands dokumentiert, und sich gegen die verbreitete Ignoranz gegenüber bestimmten Gruppen des Widerstands wendet. Das Flugblatt unterzeichneten u. a. auch die Südafrika-Gruppe der AL-Westberlin, Die Grünen, die GIM und die KPD. Wir dokumentieren den Text im folgenden.

Angesichts des Krieges des weißen Minderheitsregimes gegen die Bevölkerungsmehrheit im eigenen Land und gegen die Frontstaaten, angesichts der fortdauernden Besetzung Namibias durch Südafrika und angesichts der militärisch-nuklearen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterstützung des Minderheitsregime in Südafrika durch die BRD ist es notwendig, die Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit mit den Völkern des südlichen Afrikas zu intensivieren, deswegen unterstützen wir diese Demonstration.

Der Widerstand in Südafrika/Azania

Mit der Gründung des ANC (African National Congress) 1912 begann in Südafrika die Organisierung des Widerstandes der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Bis in die 50er Jahre hinein machte der ANC der weißen Minderheit auf vielfältige Weise Verhandlungsangebote, um für alle Bewohner Südafrikas gleiche Rechte zu fordern. Die Freiheitscharta von 1955, in der sich der Kernsatz findet: „Südafrika gehört allen, die darin leben, Weißen und Schwarzen", liegt bis heute der Politik des ANC zugrunde, während sich 1959 aus der radikaleren Jugendliga des ANC der PAC (Pan Africanist Congress) bildete, dessen Slogan von da an lautete: „Afrika den Afrikanern!"

Bei der vom PAC angeführten, breit angelegten Anti-Paß-Kampagne 1960 wurden vom weißen Minderheitsregime 69 Menschen erschossen, ANC und PAC wurden gebannt, viele Mitglieder verhaftet (zum Teil bis heute), tausende sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen. Dieser Schwächung des Widerstands folgte in den 70er Jahren die zunehmende Bedeutung der Schwarzen-Bewußtseins-Bewegung BCM (Black Consciousness Movement), die in Anlehnung an den „Afrikanismus" des PAC die unterdrückte schwarze Bevölkerung als einzigen Träger von Veränderungen betrachtete. Ein Höhepunkt der BC-Bewegung waren 1976 die Schüler- und Studentenaufstände in Soweto, bei denen Polizei und Militär des Rassistenregimes hunderte von Jugendlichen tötete. Die darauffolgende Bannung von 18 Organisationen dieser Bewegung zwang wieder tausende von Schwarzen, sich der Verhaftung durch das Exil zu entziehen oder Jahre in südafrikanischen Gefängnissen zuzubringen.

Die Regierung Botha versuchte, durch kosmetische Reformen wie dem 1984 eingerichteten 3-Kammer-Parlament, in dem Farbige und Inder ein beschränktes Vertretungsrecht haben, sowohl den Widerstand einzudämmen als auch die Kritik der Weltöffentlichkeit zu beschwichtigen.

Der geplante völlige Ausschluß der schwarzen Bevölkerungsmehrheit von politischen Entscheidungsprozessen führte 1983 im Vorfeld der „Wahlen" zur Bildung zweier großer Widerstandsbündnisse, United Democratic Front (UDF) und National Forum Commitee (NFC), die mit ihren Anti-Wahl-Kampagnen den 80prozentigen Wahlboykott innerhalb der indischen und farbigen Bevölkerung erreichen konnten. Die UDF versteht sich als multirassische Bewegung, in deren über 700 angeschlossenen, sich mehrheitlich auf die Freiheitscharta beziehenden Organisationen auch Weiße Führungspositionen bekleiden können; sie fordert die Abschaffung der Apartheid und die Gleichstellung der Schwarzen auf allen Ebenen.

Die im NFC vereinigten Organisationen stehen in der Tradition des BCM. NFC betrachtet Südafrika als ein koloniales, rassistisches, imperialistisches Gebilde, das die Schwarzen ihres Landes beraubt hat, das sie versklavte und zu Untermenschen erklärte und dementsprechend bis heute so behandelt: schlägt, foltert und mordet. Aus der Sicht des NFC führt dies zu einem derzeit unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Schwarzen und Weißen, der eine Zusammenarbeit oder gar die Besetzung von Führungspositionen durch Weiße innerhalb derselben Organisation nicht ermöglicht. Von Weißen wird erwartet, daß sie ihre eigenen Widerstandsorganisationen schaffen und so den Kampf der Schwarzen durch die Arbeit unter der weißen Bevölkerungsminderheit unterstützen.

Das NFC versteht sich als antirassistisch, antiimperialistisch und antisexistisch. One person — one vote — one nation ist das politische Schlagwort, das Hauptziel: die Beseitigung aller Gesetze, Institutionen und Verhaltungsweisen, die die Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Religion, Sprache oder Klasse diskriminieren, die Auflösung der Homelands, Bildung und Unterstützung von Gewerkschaften und Entwicklung einer nationalen Kultur.

Seit der großen Anti-Wahl-Kampagne ist der Widerstand der schwarzen Bevölkerung von den unterschiedlichsten Triebkräften her bis auf den heutigen Tag aufrechterhalten worden: Mietboykotte, Demonstrationen, Massenversammlungen bei Beerdigungen, Schulboykotte, verbunden mit Angriffen gegen Polizei und Armee, Konsumentenboykotte gegen weiße Läden und Streiks der vielen unabhängigen Gewerkschaften prägen den Alltag Südafrikas. Die Versuche der Rassistenregierung, den Widerstand mit Militär und Polizei zu beenden, haben bisher über 700 Todesopfer gefordert, ein Ende ist nicht abzusehen, die schwarze Bevölkerung hat buchstäblich nichts zu verlieren. Aus allen Teilen der Bevölkerung, aus unterschiedlichen Grundhaltungen hat sich ein Massenwiderstand gebildet, der sich ergänzt, der mit nachgeschobenen Reformen nicht mehr zu beschwichtigen ist, sondern nur noch ein Ziel kennt: die Übergabe der Macht an die Bevölkerungsmehrheit.

Die Solidartätsbewegung in der BRD

In diesem Stadium braucht die schwarze Bevölkerung die Unterstützung von allen demokratischen Kräften außerhalb des Landes. Die deutsche Solidaritätsbewegung muß sich das Prinzip zueigen machen, alle Kräfte des Widerstands anzuerkennen und zu unterstützen, wenn sie ehrlich ihre Bereitschaft, an der Befreiung von Unterdrückung beteiligt sein zu wollen, glaubhaft sein soll. Der ausdrückliche Wille aller Teile der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung muß für die Solidaritätsbewegung vorrangig sein; der unbequeme Weg der umfassenden Information darf nicht gescheut werden, um tatsächlich zum Befreiungskampf effektiv beitragen zu können, ohne sich in der Unterstützung von Rivalitäten zu verstricken. Das Herausgreifen einzelner Organisationen oder Gruppen kommt einer Zersplitterung und Schwächung des Widerstands gleich. Der Anspruch einzelner Organisationen, der alleinige Schirmherr und Motor des Widerstands zu sein, entspricht nicht der tatsächlichen Situation in Südafrika/Azania.

Leider sind in der wochenlangen Vorbereitungsphase zu dieser Demonstration/Kundgebung (trotz aller Bemühungen einzelner Gruppen) wesentliche Kräfte des südafrikanischen Widerstands ausgeklammert worden; die Möglichkeit einer eigenen Darstellung auf der Plattform des bundesweiten Aktionsbündnisses wurde ihnen verwehrt, obwohl der Aufruf zur Demonstration vorgibt, alle Unterdrückten, Verfolgten und Ausgebeuteten Südafrikas zu unterstützen. Anhand der Rednerliste der Kundgebung ist zu erkennen, daß die Kräfte nicht zu Wort kommen sollen, die sich nicht auf die Freiheitscharta beziehen, obwohl sie in Südafrika selbst einen wesentlichen Bestandteil des Widerstands ausmachen und obwohl Vertreter der betreffenden Organisationen ihr dringendes Interesse bekundet haben, ihren Beitrag zu der Kundgebung zu leisten — ohne den Anspruch, andere Organisationen bekämpfen zu wollen. Ein Nebeneinander aller Schattierungen des Widerstands ist notwendig, um gemeinsame Lösungen zu finden, die keine Gruppe benachteiligen und die ein friedliches Zusammenleben in Südafrika/Azania gewährleisten — auch nach der Befreiung.

Wir fordern die deutsche Solidaritätsbewegung auf, die Ansprache und Interessen des PAC, der BC-orientierten Befreiungsbewegung sowie aller anderen Widerstandsgruppen nicht zu ignorieren, sie vielmehr als selbstverständliche, unleugbare, starke Strömungen innerhalb des Widerstandsspektrums zu akzeptieren und zu Wort kommen zu lassen und allen Versuchen, sie zu leugnen, entgegenzutreten. Diese Stellung bezieht auch der Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen — BUKO —, der die Unterstützung aller Widerstandsgruppen und Befreiungsbewegungen in Südafrika (ANC, PAC, BCMA) zur Grundlage seiner Solidaritätsarbeit nimmt und diese Position auch auf der ICSA-Solidaritätskonferenz im letzten Jahr in Köln vertrat.

Wir fordern die Unterzeichner des Aufrufs auf, sich bei der zukünftigen Zusammenarbeit deutscher Solidaritätsbewegungen von vornherein ausführlich zu informieren, um nicht erpreßbar zu sein und sich nicht zum Werkzeug für einseitige Interessen machen zu lassen.

Der Befreiungskampf in Azania darf nicht mit der Beseitigung unwillkommener Ideologien und ihrer Vertreter enden!

Südafrika

40 000 beerdigen die Opfer

Die Meldungen über einen erneuten Angriff südafrikanischer Streitkräfte gegen Angola überschatteten in den vergangenen Tagen die Meldungen aus Südafrika selbst. Der Terrorangriff auf Angola, 500 südafrikanische Soldaten waren einmarschiert, sollte Basen der namibischen Befreiungsfront SWAPO treffen.

Ganz offen stand die südafrikanische Militärführung zu ihrem verbrecherischen Angriff. Um das System der Apartheid zu retten, kennen sie keine Grenzen. Keine territorialen Grenzen und keine Grenzen in der Anwendung von Gewalt, wie das Vorgehen gegen die schon Monate anhaltenden Proteste der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zeigt.

Annähernd 40000 Menschen haben am vergangenen Samstag in der Nähe von Kapstadt an der Beerdigung von acht der 42 Menschen teilgenommen, die bei den jüngsten Unruhen in Kapstadt ums Leben gekommen waren. Vor den Särgen wurden die Fahnen des ANC, der verbotenen Befreiungsbewegung getragen. Die Polizei schoß mit Gummigeschossen und Tränengas in die Menge, um sie auseinanderzutreiben.

Für einen „dritten Weg" zwischen der Regierung und der schwarzen Opposition hat sich ein neugegründetes Bündnis ausgesprochen. Bürgerliche weiße Liberale wollen u.a. mit dem Zulu-Häuptling Buthelezi dem anwachsenden Widerstand die Spitze nehmen, und offensichtlich „das Schlimmste" verhüten. Das „Schlimmste" aber steht schon auf der Tagesordnung in Südafrika — die Zerschlagung des Rassistenregimes und die Übernahme der Macht durch die bislang unterdrückten und ausgebeuteten Schwarzen.

Korrespondenz aus Dortmund

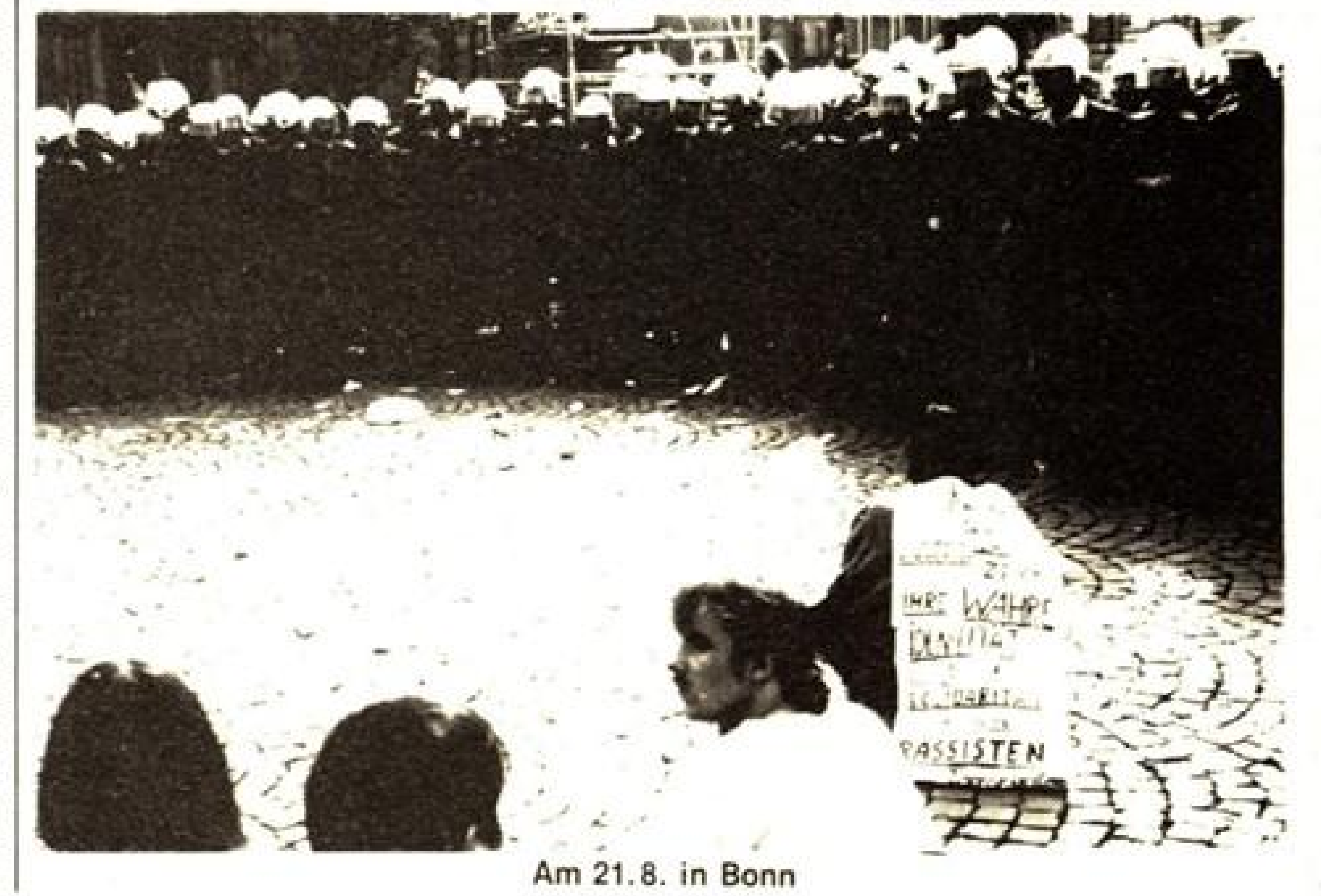
Erfolgreiche Veranstaltung zu Südafrika

Am Freitag, dem 20. September, fand in Dortmund eine Solidaritätsveranstaltung für den Befreiungskampf in Südafrika statt. Der Erfolg der Sache war gesichert, als sich weit über 300 Menschen im Saal der Dortmunder Kreuzgemeinde versammelten, von denen sich zahlreiche für die Mitarbeit in einem zu bildenden Komitee interessierten. Auf Initiative von KPD, BWK und Autonomen Gruppen hatten sich neben anderen linken Organisationen verschiedene Gliederungen der Grünen und zahlreiche Gruppierungen aus dem christlichen Spektrum zusammengefunden, um diese Veranstaltung als Auftakt einer weitergehenden Arbeit durchzuführen.

Zu Beginn sprachen S. Frommelt von den „Evangelischen Frauen in Deutschland" (über bisherige Solidaritätsaktionen aus diesem Spektrum), H. Hücking als Vertreter der Grünen Ratsfraktion im Verwaltungsrat der Dortmunder Stadtsparkasse (über die Praktiken dieser Kasse gegen Kritiker am Geschäft mit Gold aus Südafrika), H. Siemon als RGO-Betriebsrat auf Hoesch Union (über wirtschaftliche Beziehungen Ruhrgebiet/Südafrika und die laufende Unterschriftensammlung der Betriebsräte der Hoesch-Werke gegen das Südafrika-Geschäft der Hoesch-Tochter mbp) und Philip Mogkadi vom PAC (über die Lage in Südafrika), es moderierte H. Weiss (KPD).

Neben zahlreichen neuen Informationen (etwas über die genannte Unterschriftensammlung, die mit viel Beifall aufgenommen wurde oder darüber, was die sogenannte Paßpflicht denn wirklich bedeutet) gab es im anschließenden Diskussionsteil (nach dem Auftritt einer südafrikanischen Musikgruppe) eine Auseinandersetzung mit DKP-Vertretern, die auch hier, wie in Bonn den „Alleinvertretungsanspruch" des ANC für den südafrikanischen Befreiungskampf durchsetzen wollten — vergeblich.

Zum Abschluß der Veranstaltung wurde zur Mitarbeit im Komitee aufgerufen — zu dem am Montag darauf denn auch mehr als 30 Menschen erschienen.



Am 21.8. in Bonn

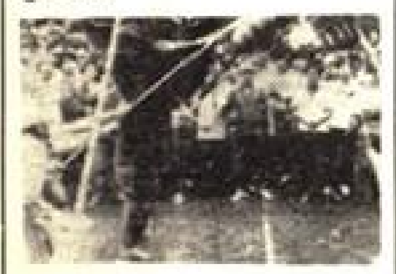
Meldungen

Philippinen

13 Jahre Kriegsrecht

Am vergangenen Samstag standen die Philippinen 13(!) Jahre unter Kriegsrecht. Die Opposition, der Widerstand gegen die Marcos-Diktatur nahm diesen Tag zum Anlaß für vielfältige Demonstrationen. In fast allen großen Städten kamen tausende zusammen.

In Escalante, einer Stadt auf der mittelphilippinischen Insel Negros kam es zu einem Blutbad. Siebzehn Menschen wurden Opfer eines Massakers des Militärs. Augenzeugen berichteten, rund 30 Soldaten hatten aus Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehren auf eine Demonstration gefeuert, da sie sich geweigert hätte auseinanderzugehen.



In der Hauptstadt Manila demonstrierten rund 10000 Menschen unter roten Fahnen auf das total abgeriegelte Präsidentenpalais zu. Sie riefen immer wieder: „Marcos — Hitler!" Die eher bürgerliche Opposition, zu deren Führern die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionellen Benigno Aquino zählt, demonstrierte mit 4000 Anhängern.

Ein symbolisches „Volksgericht", das unter dem Applaus der Menge in Manila über das Regime richtete, sprach Präsident Marcos und dessen Frau Imelda für „schuldig, kulturelle Minderheiten zerstört, die Prostitution gefördert, die Wirtschaft ruiniert, sich unrechtmäßig bereichert und die Menschenrechte verletzt" zu haben. Das „Gericht" verurteilte das Präsidentenehepaar zu lebenslanger Verbannung.

Zwei Tage nach den Protesten ist wieder ein kritischer Journalist auf den Philippinen umgebracht worden. Der 49jährige Chefredakteur Randolf Sanico ist das zwölfte Opfer solcher Anschläge in diesem Jahr. Seit 1979 sind landesweit schon 23 Presseleute umgebracht worden. Der Nationale Presseclub protestierte schon öfter gegen die schleppenden Untersuchungen dieser Fälle und hat als Mordverdächtige Soldaten, Polizisten, Angehörige paramilitärischer Organisationen und gedungene Berufskiller genannt. Erbittertster Gegner der Marcos-Diktatur ist die Kommunistische Partei der Philippinen, die mit ihrer Guerilla NPA (New Peoples Army) im Süden des Landes mächtige Bastionen hat.



Erdbeben in Mexiko-City

Drei Erdbeben erschütterten Ende der vergangenen Woche die mexikanische Hauptstadt. Auch Tage danach ist das genaue Ausmaß der Katastrophe noch nicht überschaubar. Pessimistische Schätzungen gehen davon aus, daß es zehn- bis zwanzigtausend Tote gegeben hat, die Stadtverwaltung spricht von über 2000 geborgenen Leichen und mehreren tausend Vermißten.

Während Hilfssendungen und Helfer aus aller Welt eintreffen, ist die größte Sorge in Mexiko-City die Möglichkeit des Ausbruchs von Seuchen. Das Abwassersystem der Stadt ist zusammengebrochen.

Es wird noch Wochen dauern, bis die entstandenen Schäden überschaubar sind. Hunderte Häuser, die jetzt noch stehen, müssen niedergerissen werden, auch wird die Frage zu klären sein, warum soviele neuere Bauten eingestürzt sind. Nach dem letzten großen Erdbeben in Mexiko, 1957, gab es neue Bauvorschriften, und in vielen Fällen ist schon jetzt ersichtlich, daß aus Kostengründen minderwertiges Material verwendet wurde, und die Verantwortlichen sich das Stillschweigen der Behörden erkauft haben.

Die angespannte soziale Lage des Landes wird sich verschärfen. Die Wirtschaftskrise, die Auslandsverschuldung von fast 100 Millionen Dollar und jetzt noch das Erdbeben — Mexiko wird sich kaum weiterhin als Musterschuldner des Internationalen Währungsfonds präsentieren können. Jeder Dollar, der an die ausländischen Banken geht, fehlt im Lande der Bevölkerung an allen Ecken und Kanten.

Nebenbei: Die FIFA, der internationale Fußballverband will die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko durchführen, wenn aber nur ein Peso für die Fußballprofischau ausgegeben wird, bevor die letzten Erdbebenschäden für die Bevölkerung beseitigt sind, wäre das ein Riesenskandal!

Massenverhaftungen von Gewerkschaftern

Generalstreik in Bolivien

Mit Massenverhaftungen von Gewerkschaftern, der Ausrufung des Belagerungszustandes und massiven Drohungen mit militärischer Gewalt reagiert die bolivianische Regierung auf den nunmehr seit über drei Wochen andauernden Generalstreik.

Anlaß der Kampfmaßnahmen der Arbeiter war das Wirtschaftsprogramm der neuen bolivianischen Regierung. Es ist ein Programm, das in der Hauptsache Auflagen des IWF, des Internationalen Währungsfonds erfüllt. Hier ist Bolivien hochverschuldet und der IWF verlangt Maßnahmen gegen die horrende Inflation im Land. Die Regierung Boliviens will ein Sparprogramm auf Kosten der Werktätigen durchziehen. Um die Inflation, die in den ersten acht Monaten dieses Jahres offiziell 4367 Prozent betragen hat, zu stoppen, hat die Regierung in einem am 29. August verkündeten Wirtschaftsprogramm staatliche Lebensmittelsubventionen gestrichen, Subventionen für Benzin wurden auch aufgehoben und alle Löhne und Gehälter bis Jahresende gesetzlich eingefroren. Am stärksten betroffen sind von diesen Maßnahmen die Minenarbeiter, denen neben dem allgemeinen Lohnstopp die Lebensmittellieferungen zu subventionierten Preisen gestrichen wurden. Bedenkt man, daß nach Korrespondentenberichten in Bolivien mittlerweile ein Preisniveau über dem der Bundesrepublik herrscht (eine Cola kostet umgerechnet bis zu 2 Dollar, bei einem nationalen Mindesteinkommen von 15 Dollar!) und betrachtet die galoppierende Inflation (Von August 1984 bis August 1985 offiziell 20560 Prozent) so kann man verstehen, daß die Arbeiterschaft des Landes nicht mehr mitmacht.

Auf die Ausrufung des Generalstreiks durch den mächtigen Gewerkschaftsbund COB hat die Regierung mit der Ausrufung des Belagerungszustandes reagiert. Staatliche Betriebe sind von Militär besetzt, und es gibt eine regelrechte Hetzjagd auf Gewerkschafter in Bolivien. Mindestens 2000 sind in der vergangenen Woche verhaftet worden. Einige Hundert befinden sich noch immer in den Händen der Polizei. Andere, wie auch der 71jährige COB-Chef Juan Lechin waren von der Polizei gleich nach ihrer Festnahme in entlegene Urwaldregionen verschleppt worden. Vielen ist aber auch die Flucht in den Untergrund gelungen. Von hier aus wird der Kampf gegen die Regierung und ihr Sparprogramm weitergeführt. Der zunächst befristete und begrenzte Streik weitet sich aus. Aber auch die Regierung will ihre Politik „um jeden Preis" durchsetzen. Während die Streiks sich ausweiten — die Mineros, die Bergarbeiter streiken zum Teil in den Gruben, um die Besetzung der Minen durch das Militär zu verhindern — bezeichnet die Regierung die Streiks als „illegal" und „politisch". Die Arbeiter werden mit Entlassung bedroht und das Militär erhält immer Vollmachten als strategisch eingeschätzte Betriebe zu „beschützen".

Der Gewerkschaftsbund COB fordert in Erklärungen, die immer wieder in den Rundfunksendungen verbreitet werden als Vorbedingung für Gespräche mit der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Freilassung aller verhafteten Gewerkschaftsführer.

Obwohl alle Kundgebungen und Versammlungen jetzt in Bolivien verboten sind, haben Ende der Woche Demonstrationen in der Hauptstadt La Paz stattgefunden. Die Polizei ging mit Schüssen und Tränengas gegen die Arbeiter vor. Volle Unterstützung hat die bolivianische Regierung mittlerweile von den USA erhalten. Die US-Botschaft hat die Unterstützung Washingtons für das Wirtschaftsprogramm der Regierung ausdrücklich unterstrichen.

Die bolivianische Armee stürmt eine Textilfabrik

Libanon:

Wieder Kämpfe in den Lagern

Aus: Palästina Bulletin vom 20.9.85

BONN. — Anfang September kam es im palästinensischen Flüchtlingslager Bourj al-Barajneh in Beirut erneut zu Kämpfen zwischen den palästinensischen Verteidigern des Lagers und Milizen der schiitischen Amal-Bewegung. Bei den Kämpfen, die mehrere Tage andauerten, soll es zahlreiche Opfer gegeben haben.

Die Kämpfe hatten am 3. September 1985 mit heftigem Artilleriefeuer begonnen. Nachdem das Vereinte (palästinensisch-libanesische) Sicherheitskomitee eingegriffen hatte, wurde das Artilleriefeuer dadurch abgelöst, daß man Scharfschützen gegen das Lager einsetzte. Das Vereinte Sicherheitskomitee hatte sich nach dem Monate dauernden „Lagerkrieg" gebildet. Die Situation blieb jedoch Presseberichten aus Beirut zufolge gespannt.

Am 15. Mai dieses Jahres hatte der PLO-Vorsitzende, Yassir Arafat, die Überfälle der Amal-Milizen auf palästinensische Lager vorausschend erklärt: „Die politischen Verhältnisse im Libanon werden eine Neuorientierung (der Kräfteverhältnisse) erzwingen." Arafat hatte weiter erklärt, es gebe Pläne in Richtung auf eine Teilung und Kantonisierung des Landes.

Auch das Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, Abu Iyad, warnte damals vor neuen Massakern gegen die Palästinenser im Libanon. Die Warnung richtete sich besonders an die Adresse Syriens, das eine neuerliche Vertreibung und Umsiedlung vor allem von Palästinensern in den Südlibanon plane.

Schiitenführer Nabih Berri hat in diesem Fall die Aufgabe übernommen, gegen die Palästinenser ins Feld zu ziehen. Indessen hatten Berri und seine Milizen auch nach wochenlangen Kämpfen den Widerstand vor allem im Palästinenserlager Bourj al-Barajneh nicht brechen können.



Am 11. September erklärte ein palästinensischer Sprecher angesichts der Situation in Bourj al-Barajneh:

„Heute ist der 8. Tag, an dem die Amal-Milizen ununterbrochen Angriffe auf das Lager Bourj al-Barajneh und auf die palästinensischen Wohnsiedlungen in Westbeirut durchführen. Bei ihren Angriffen werden die Amal-Milizen von der 6. Brigade der libanesischen Armee und von syrischen Panzern unterstützt. 250 Verletzte und 60 Tote sind die jüngsten Opfer dieser neuerlichen Angriffe.

Die PLO ruft die Staatsoberhäupter der arabischen Staaten sowie die arabische und die internationale Öffentlichkeit auf, wirksame Schritte einzuleiten, um den Vernichtungsangriffen, denen das palästinensische Volk in den Lagern ausgesetzt ist, Einhalt zu gebieten."

Korrespondenz

Franz Carl Weiskopf

Zum 30. Todestag

„Ich bin der Überzeugung gewesen, daß die Kunst nicht um ihrer selbst willen da ist, ein bloßer Zierat des Lebens, sondern daß sie ein unendlich wichtiges gesellschaftliches Element darstellt — bestimmt und berufen, den Menschen besser, erkenntnisreicher und freudenreicher, mit einem Wort: menschenwürdiger leben zu helfen."

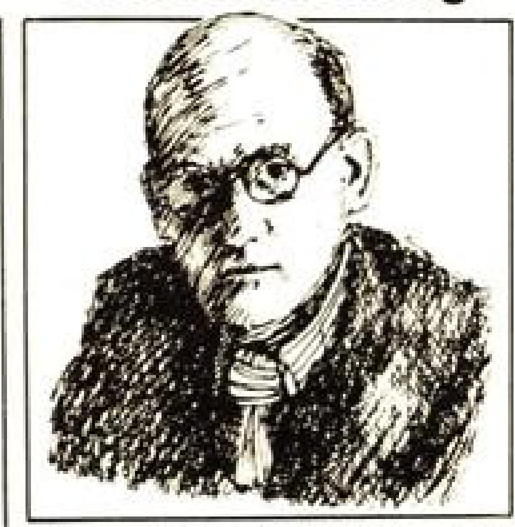
Der dies schrieb, Franz Carl Weiskopf, war immer bemüht, sein literarisches Schaffen getreu diesem Motto zu verstehen. Seine tief menschlichen Werke sind keine „Nur-Anklagen" der kapitalistischen Ungerechtigkeit, der Kriegsunmenschlichkeit, sie geben Einblick in menschliches Empfinden, menschliche Entwicklung. Psychologisch geschickt versteht es Weiskopf, einzelne Charaktere in ihrem gesellschaftlichen Umfeld darzustellen. Dieses zu verbessern, eine bessere, sozialistische Welt zu schaffen, war sein Anliegen.

Wie tief dieser Wille zur Verbesserung, zum Kampf um Menschlichkeit war, zeigt ein Blick in seine Biografie: Weiskopf, dessen Todestag sich am 14. September 1985 zum 30. Mal jährte, wurde am 3. April 1900 in Prag geboren. Er besuchte dort deutsche Schulen, studierte dann an der Prager Universität. Während dieser Zeit kam er mit sozialistischem Gedankengut in Berührung, arbeitete in einer Studentengruppe mit und gehörte zum linken Flügel der deutschen SPD in der Tschechoslowakei. 1921 war er Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei, der KPC. Neben seinem Studium, das er 1923 mit dem „Dr. phil." abschloß, und seiner politischen Tätigkeit war Franz Carl Weiskopf 1919 angefangen, sich journalistisch-schriftstellerisch zu betätigen: für die *„Avantgarda"*, einer von kommunistischen Intellektuellen herausgegebenen Zeitung schrieb er Rezensionen und politische Stellungnahmen. 1923 erschien sein erstes Buch, ein Gedichtband mit dem Titel *„Es geht eine Trommel"*, der im Verlag der Jugendinternationale in Berlin erscheint.

Einige Jahre stellt Weiskopf seine literarischen Arbeiten hintenan, ist Mitarbeiter beim Pressebüro der KPC und Auslandskorrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS. Diese Arbeit wird vom Tschechischen Staat mit mehreren Anklagen wegen *„literarischem Hochverrat"* „belohnt". In diesem Punkt befindet er sich in bester Gesellschaft: auch die Weimarer Republik wehrt sich mit solchen Mitteln ihrer nicht mehr zu rettenden Haut. Anklagen (und Verurteilungen) wegen *„literarischen Hochverrats"* gibt es gegen Johannes R. Becher, Ernst Toller, Fritz Hambel (Slang) und Willi Bredel, um nur einige zu nennen. Einmal schafft es die Justiz dann auch, Weiskopf hinter Gefängnismauern zu bringen. Sieben Monate wegen einer heftigen Rede gegen den tschechoslowakischen Militarismus.

Die enge Verbundenheit F.C. Weiskopfs mit dem Malik Verlag Wieland Herzfeldes, für den er schon 1925 einen Band *„Tschechische Lieder"* nachdichtete (erschienen als Band 17 der „Kleinen Malik-Bücherei" und seine Zuneigung zur deutschen Sprache und Kultur führten 1927 zur Umsiedlung nach Berlin.

Hier lernte er Margarete Bern-



F.C. Weiskopf (Grafik: Dirk Hagner)

heim, besser bekannt unter ihrem Pseudonym Alex Wedding, kennen. Sie heirateten 1928. Alex Wedding, Autorin solch bekannter Jugendromane wie *„Ede und Unku"* oder *„Das Eismeer ruft"*, beide erschienen im Malik Verlag, war für die persönliche wie literarische Entwicklung Franz Carl Weiskopfs sehr bedeutsam.

Während der Berliner Zeit begann Weiskopf sein unstetes, überaus aktives Leben: Er arbeitete an mehreren Zeitungen wie „Neue Bücherschau", „Rote Fahne" oder „Magazin für Alle" mit. Hauptberuflich jedoch war er Feuilletonredakteur beim „Berlin am Morgen". Ein sehr guter, glaubt man Elfriede Brüning, heute in Berlin/DDR lebende Schriftstellerin, wie Weiskopf Mitglied des „Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller" und als junge Journalistin ebenfalls beim „Berlin am Morgen": *„Ein sympathischer, bescheidener Mensch, der uns ‚Küken' gegenüber offen und hilfsbereit war und uns in unserer Arbeit mit großer Sachkenntnis unterstützte."*

Auch andere Leute empfanden ähnlich: *„Mit nichts und niemandem gegenüber, auch Arbeitern nicht, versuchte er sich anzubiedern. Und gerade er, wie ich immer wieder feststellen konnte, fand überall dort, wo ihn eine Aufgabe hinführte, wo er auftrat oder sonstwie in Kontakt mit ihm bis dahin fremden werktätigen Menschen kam — und er war viel in Betrieben und auf Arbeiterversammlungen —, rasch Vertrauen und erwarb sich bald aufrichtige Zuneigung. Er verdankte dies seinem ungezwungen-offenen und zugleich vornehmen Wesen und seiner ungekünstelt-echten Liebe zu den Menschen."* (Willi Bredel).

Neben dieser journalistischen Tätigkeit beriet F.C. Weiskopf den Malik Verlag bei russischen Übersetzungen und war 1928 Mitbegründer des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller.

Zwischendurch jedoch zog es ihn immer wieder unwiderstehlich in die Sowjetunion. Sein 1927 im Malik Verlag erschienener erster Reportageband *„Umsteigen ins 21. Jahrhundert"* war die literarischeFrucht einer dieser Reisen. Der Band wurde von der fortschrittlichen deutschen Öffentlichkeit ebenso begierig aufgenommen wie die Reportagen von Egon Erwin Kisch, die ebenfalls 1927 unter dem Titel *„Zaren, Popen, Bolschewiken"* erschienen.

Beide Bände führten zu heftigen Diskussionen — der Grund: mangelnde Objektivität. Wieland Herzfelde schreibt in dem Vorwort zu *„Umsteigen ins 21. Jahrhundert": „Dabei ist er — und das verleiht dem Buch in Verbindung mit Weiskopfs vollkommener Kenntnis der russischen Sprache einen so frischen, unbelehrenden, überzeugenden Charakter — keineswegs bemüht, ‚objektiv' zu erscheinen. Wie weit eine objektive Reiseberichterstattung wünschenswert und überhaupt möglich ist, sei dahingestellt; auf alle Fälle würde der Versuch, die Subjektivität, das heißt, die eigenen Überzeugungen und Empfindungen auszuschalten und so die Eindrücke zu ‚versachlichen', dazu führen, daß auch dem Leser das subjektive Erleben versperrt wird. Lesen würde zum bloßen Registrieren.*

Das Gegenteil will Weiskopf, der Titel besagt es: Er hat nicht nur Kenntnis, sondern auch Anteil und Stellung genommen, er ist ‚umgestiegen'."

Weitere Reisen in die Sowjetunion macht Weiskopf 1927 und 1930, wo er als Teilnehmer der deutschen Delegation bei Schriftstellerkongressen der „Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller" in Moskau und Charkow weilt, und 1931 als „Privatmann"; Ergebnis dieser Reise: ein neuer Reportageband *„Zukunft im Rohbau"*, 1932 im Malik Verlag erschienen.

Vorher, 1931, legte F.C. Weiskopf seinen ersten Roman vor: *„Das Slawenlied"*, der die Entwicklung eines Prager Bürgersohns zum proletarischen Internationalisten beschreibt. In einer Anmerkung zu diesem Buch sagt Weiskopf: *„Dieses Buch ist ebensowenig eine Autobiografie wie ein Schlüsselroman, wenn auch jedes Ereignis wirklich erlebt und keine Person frei wurde." „Das Slawenlied"* war der Anfang eines reichen Romanwerks, das zum Teil auch im Exil unter erschwerten Bedingungen entstand. *„Die Versuchung"*, später auch unter dem Titel *„Lissy"* erschienen, 1937 *„Vor einem neuen Tag"*, 1941 in den USA, wohin F.C. Weiskopf zusammen mit seiner Frau Alex Wedding 1939 emigriert war, erschienen. Ein fast „prophetisches Werk" übrigens, indem es um die Okkupation der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei und den Widerstand der Bevölkerung dagegen geht. Weiskopf „erfindet" in seinem Buch *„Vor einem neuen Tag"* eine Ostfront, die es Anfang 1941 bekanntlich noch nicht gab und von den meisten, außer den Kommunisten, auch nicht für möglich gehalten wurde. Der Verleger Sam Sloan, in dessen Verlag das Buch das erste Mal erschien, konnte sich nicht verkneifen, zu bemerken, daßseine, Weiskopfs, dichterische Phantasie in einer Sache zu üppig geraten wäre. Eine Ostfront? Undenkbar! Wisse er denn nichts von dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt? Nun, die Geschichte hat den liberalen amerikanischen Verleger widerlegt und dem kommunistischen Schriftsteller recht gegeben. Auch den in *„Vor einem neuen Tag"* behandelten Slowakenaufstand gab es: drei Jahre nach dem ersten Erscheinen des Buches, gerade war auch eine slowakische Ausgabe herausgekommen, und just in dem Gebiet, in dem *„Vor einem neuen Tag"* spielt!

Neben seinem literarischen Schaffen gab es für Weiskopf vielfältige Arbeit: gleich nach '33 leitete er in Prag die dorthin emigrierte „Arbeiter Illustrierte Zeitung" (AIZ), arbeitete als freier Mitarbeiter an bedeutenden Exil-Literaturzeitschriften mit (z.B. „Das Wort", „Neue Deutsche Blätter", „Gegen-Angriff" und „Die neue Weltbühne") und war im „Komitee für exilierte Schriftsteller in New York, von wo er beispielsweise E.E. Kisch, Anna Seghers oder Marchwitza zur Flucht aus Europa verhalf.

Willi Bredel schreibt in seinen Erinnerungen an Weiskopf: *„Er war nie nur Schriftsteller, sondern Redakteur, Funktionär, Propagandist, Diplomat und zu allen Zeiten ein bienenfleißiger Journalist, dabei immer* **auch noch** *Schriftsteller, der uns eine stattliche Anzahl Romane, zahlreiche Erzählungen, mehrere Bände Anekdoten, Gedichte und Übersetzungen als köstliches Vermächtnis hinterlassen hat."*

Das Exil in Prag, Frankreich, wo er ein knappes Jahr lang „Zwischenstation" machte, und schließlich die USA, hier lebte Weiskopf während des Krieges, und blieb dort von 1947 - 49 als Diplomat der CSSR, war für F.C. Weiskopf, wie für die meisten seiner exilierten Kolleginnen und Kollegen eine einschneidende Zeit. Es ist sein großes Interesse an den Mitschriftstellern und der (Exil-)Literatur als Ganzes, die ihn auch zum Kulturfunktionäre bzw. Verleger werden lassen. So ist er in Paris, wie auch schon während der Weimarer Zeit in Berlin, Leitungsmitglied des neugegründeten „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller" (SDS) und zusammen mit Wieland Herzfelde und Oskar Maria Graf Mitbegründer des „Bert-Brecht-Klubs". Als Tscheche ist er natürlich außerdem prädestiniert, eine Vermittlerfunktion zwischen fortschrittlichen tschechischen Kulturschaffenden und deutschen exilierten Schriftstellern zu erfüllen.

„So ganz nebenbei" besucht er, um sich einen umfassenden Überblick über die Situation der anderen Schriftsteller/innen und der ganzen Exilliteratur zu verschaffen, verschiedene Schriftstellerkongresse, wie z.B. 1934 den „I. Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller", wo er mit Johannes R. Becher, Willi Bredel, Ernst Toller, Wieland Herzfelde, Oskar Maria Graf, Klaus Mann u.a. zu den deutschsprachigen Teilnehmern gehört. In New York gründet er 1944 zusammen mit einigen Schriftstellern, Herzfelde, Heinrich Mann, Brecht, Feuchtwanger und Ernst Bloch sind unter anderem dabei, den Aurora Verlag, der bis 1947 bestand.

Die Exilliteratur zu ergründen, aufzulisten, macht sich Weiskopf als einer der ersten zur Aufgabe. Schon 1946 stellte er mit Kurt Pinthus (Herausgeber der berühmten „Menschheitsdämmerung", einer Anthologie der expressionistischen Literatur) eine Bibliografie der Exilliteratur zusammen, die jedoch gedruckt nie erschienen ist. 1948 erscheint *„Unter fremden Himmeln"*. Ein *„Abriß der deutschen Exilliteratur 1933 - 1947"*, ein interessantes, spannend zu lesendes Sachbuch, das einen guten Einblick in die Exilliteratur gewährt. Das letzte Mal ist es 1981 im Aufbau Verlag Berlin/Weimar erschienen.

Man merkt in diesem Buch, daß F.C. Weiskopf gute Kontakte zu sehr vielen Schriftsteller/innen hatte, und daß er nicht, wie eine Zeitlang viele andere kommunistische Schriftsteller, ein ideologisch gesehen, „eigenen Saft" schmorte. Dazu Friedrich Albrecht, ein bedeutender DDR-Literaturwissenschaftler, in seinem Buch *„Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung": „Franz Carl Weiskopf gelang es, wie E.E. Kisch, gut, bei aller Prinzipienfestigkeit gute Kontakte zu andersdenkenden demokratischen Schriftstellern zu behalten."*

Auch nach dem 2. Weltkrieg entfaltete Weiskopf eine rege schriftstellerische Tätigkeit. Ein breit angelegter Romanzyklus, in dem gleichzeitig die politische Entwicklung im Europa zwischen den Weltkriegen und die menschlich-politische Entwicklung dreier Menschen erzählt wird, ist ein Ergebnis der fieberhaften Tätigkeit Weiskopfs. Trotzdem konnte er nur zwei Bände der geplanten Triloge beenden: *„Abschied zvom Frieden"* (1950) zuerst im Verlag Alfred A. Knopf unter dem Titel *„Children of their Time"* erschienen. Der dritte Teil *„Welt in Wehen"* blieb Fragment und erschien 1960 das erste Mal.

Nach Beendigung seiner diplomatischen Mission, F.C. Weiskopf war nach seiner Tätigkeit in Washington von 1949 - 50 Gesandter in Schweden und von 1950 - 52 Botschafter in der VR China (interessant hier seine Nachdichtungen aus dem Chinesischen, u.a. Gedichte von Mao Tse-Tung) kehrten Carl Weiskopf und Alex Wedding nach Deutschland, in die DDR zurück. Hier widmete er sich, neben kulturpolitischen Aufgaben, er war Chefredakteur der „Neuen deutschen Literatur" (NDL), Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR und Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, besonders einer von ihm schon in den 30er Jahren „entdeckten" Literaturgattung, der Anekdote. 1950 erschien im Dietz Verlag *„Elend und Größe unserer Tage"* mit Anekdoten von F.C. Weiskopf. 1955 folgte *„Das Anekdotenbuch"*, erschienen im Aufbau Verlag Berlin /Weimar. Ebenfalls 1955 erschien der Essay-Band *„Verteidigung der deutschen Sprache"* als letzte Veröffentlichung zu Lebzeiten Weiskopfs.

Am 14. September 1955 starb Franz Carl Weiskopf. Alexander Abusch, Schriftstellerkollege und späterer Kultusminister der DDR, sagte am Grab: *Du warst eine Persönlichkeit von seltender Art unter unseren Schriftstellern: ein Anreger interessanter Diskussionen, ein Hüter literarischer Qualität, liebenswürdig und oft ironisch in der Kritik, durch die Wärme deines Wesens ein guter Freund unserer jungen Schriftsteller."*

H.M., Kiel

In der DDR sind zahlreiche Bücher von F.C. Weiskopf erschienen. So zum Beispiel seine **„Gesammelten Werke"** in acht Bänden. (Teilweise auch noch in BRD-Antiquitaten zu bekommen, RM!). Später auch Auswahlbände wie **„Das Eilkamel"**, ein Band mit Reiseberichten, **„Das Gespenst im Opernhaus"**, Anekdoten, und **„Unter fremden Himmeln"**, das Buch über die Exilliteratur. In der BRD gibt es zur Zeit **kein einziges** Buch von Weiskopf offiziell greifbar, es gibt jedoch noch geringe Restbestände von **„Vor einem neuen Tag"**, 1978 im Verlag Neue Zeit erschienen. Zu bestellen ist dieses Buch über den Neuen Malik Verlag, Watzstr. 6, 2300 Kiel.

Es gibt jedoch einige Anthologien, in denen Geschichten von F.C. Weiskopf enthalten sind. Zum Beispiel: **„30 neue Erzähler des neuen Deutschland"**, ein Nachdruck der 1932 im Malik Verlag erschienenen Ausgabe, Roderberg Verlag, 1983. Und **„24 neue deutsche Erzähler"**, Nachdruck der 1929 im Kiepenheuer Verlag erschienenen Ausgabe, G. Kiepenheuer Verlag, 1983. **„Sammlung proletarisch-revolutionärer Erzählungen"**, Hrsg. [illegible] Rector, Sammlung [illegible]. Über F.C. Weiskopf ist das Buch **„Die historischen Romane von F.C. Weiskopf ‚Abschied vom Frieden', ‚Inmitten des Stroms'"** [illegible]

Zur alternativen Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages

Die Politik der BRD zum Atomwaffensperrvertrag

Im folgenden veröffentlichen wir die Zusammenfassung einer Studie über die Nuklearpolitik der BRD in den Jahren 1974 bis 1985, die von Dr. Helmut Hirsch im Auftrag der Grünen im Bundestag veröffentlicht wurde und auf der Alternativkonferenz als Material vorhanden war. In den 18 Punkten dieser Zusammenfassung wird unserer Meinung nach ein guter Überblick über diese Politik gegeben — wobei der letzte Punkt, die verschiedenen praktischen Vorschläge selbstverständlich zu kommentieren ist.

1. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffen-Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) war heftig umstritten. Die Ratifikation durch den Bundestag wurde erst durchgeführt, nachdem verschiedene Forderungen der BRD (v.a. größtmögliche Freiheit bei der zivilen Kernenergienutzung, Offenhalten der Option einer „Europäischen Atomstreitmacht", nur geringe Kontrollkompetenzen der IAEO innerhalb EURATOMs) erfüllt worden waren. Dennoch stimmten am 20. Februar 1974 noch 90 Abgeordnete der CDU/CSU gegen die Ratifikation des NVV.

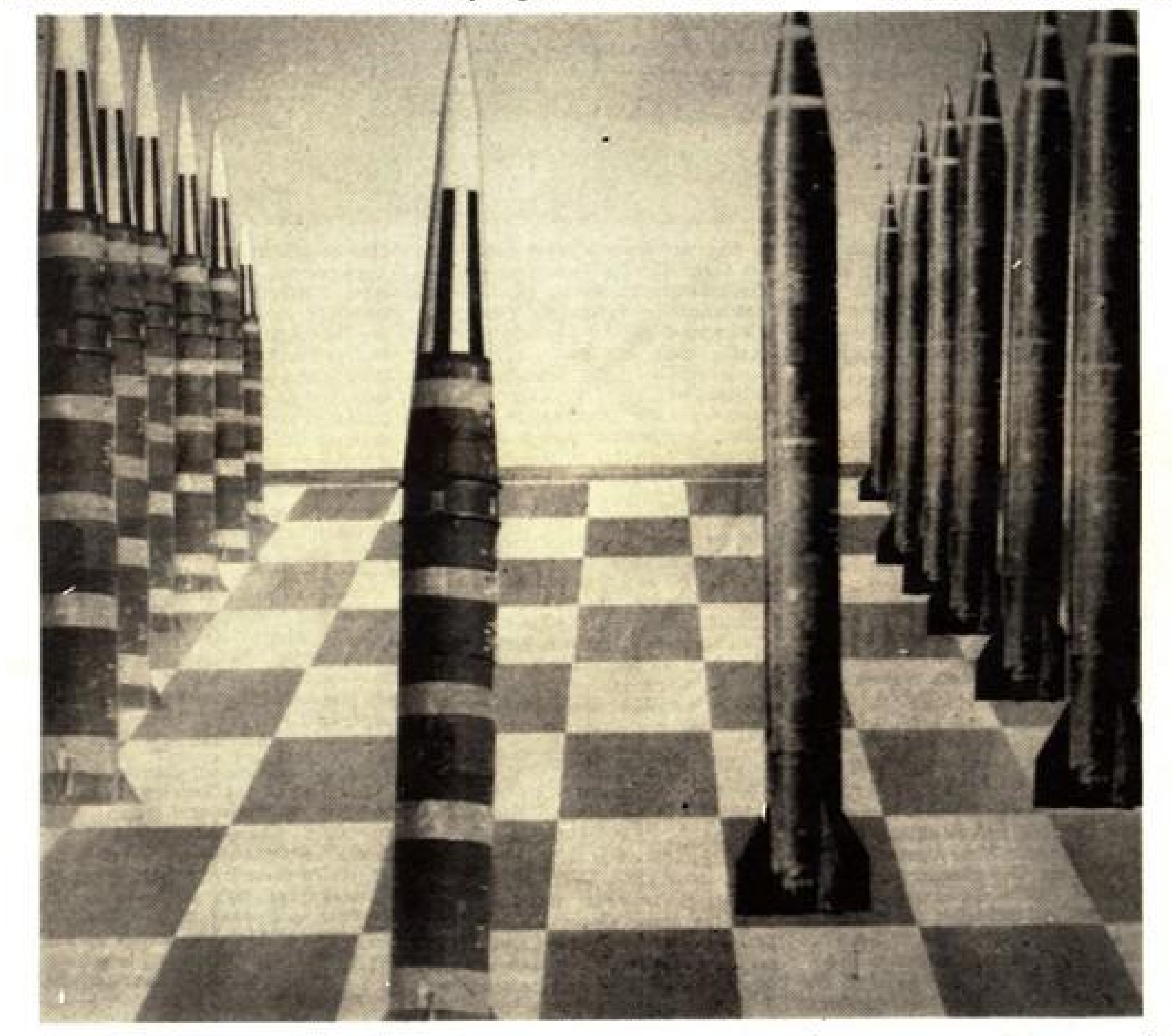
2. Von 1974 bis heute hat die Bundesrepublik eine Nuklearpolitik betrieben, durch die sowohl die vertikale Proliferation (Ausbau der atomaren Arsenale bei den schon bestehenden Atommächten) als auch die horizontale Proliferation (Erwerb von Atomwaffen durch weitere Staaten) gefördert wurde. Trotz aller Lippenbekenntnisse der verschiedenen Bundesregierungen gegen Weiterverbreitung und für Abrüstung wurde damit der Nichtweiterverbreitungsvertrag kontinuierlich geschwächt.

3. Die BRD hat eine Vorreiterrolle bei der atomaren Aufrüstung in Europa inne. 1977 beschwor Bundeskanzler Schmidt als erster eine angebliche Überlegenheit der UdSSR in Europa und forderte Neustationierungen von US-Atomraketen. Er setzte sich auch (vergeblich) für die Stationierung von Neutronenwaffen in Europa ein. Die BRD hat entscheidend zum Zustandekommen des „Nach"-Rüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979 beigetragen.

4. Die Stationierung wurde vom Deutschen Bundestag am 22. November 1983 endgültig beschlossen, obgleich zu dieser Zeit Verhandlungen mit der UdSSR über Begrenzung von Mittelstreckenwaffen (INF) im Gange waren und Anzeichen für zunehmende Flexibilität der UdSSR bestanden. Dieser Stationierungsbeschluß war das auslösende Ereignis für den Abbruch von INF und auch der START-Verhandlungen in den Wochen danach. Die Unterbrechung dieser Verhandlungen bis Anfang 1985 bewirkt, daß bis zur dritten NVV-Überprüfungskonferenz im August/September 1985 keine Resultate mehr zu erwarten sind. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen ist zweifellos auch als Alibiaktion vor dieser Überprüfungskonferenz geplant.

5. Die Bundesrepublik unterstützt angeblich die Idee eines umfassenden Teststopp-Vertrages, liefert aber tatsächlich durch Hochspielen der Verifikationsproblematik Argumentationshilfen zur Verzögerung bzw. Verhinderung eines solchen Vertragsabschlusses. Die Verifikation ist entgegen den Behauptungen der Bundesregierung aus technischer Sicht heute in ausreichendem Maß gelöst.

6. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die BRD seit Anfang der 80er Jahre verstärkt auf die Schaffung einer westeuropäischen Atomstreitmacht hinarbeitet: Bemühungen zur Belebung der Westeuropäischen Union, insb. im Bereich der Rüstung und militärischen Forschung; Aufhebung der letzten in diesem Rahmen der BRD auferlegten Beschränkungen bei konventionellen Waffen (Bomber, Raketen); enge, geheime Zusammenarbeit mit Frankreich im Nuklearsektor; gezielter Ausbau eines zivilen Atomprogramms mit militärischen Nutzungsmöglichkeiten; veröffentlichte Überlegungen aus CDU/CSU-Kreisen. Die Schaffung einer solchen Atommacht wäre ein Schritt der vertikalen wie der horizontalen Proliferation.



7. Die Nuklearexportpolitik der BRD orientiert sich nicht am Gesichtspunkt der Nichtweiterverbreitung. Ihre Ziele waren und sind wirtschaftliche (Erzielung hoher Exporterlöse, Sicherung des Zuganges zu Uranreserven) und machtpolitische (Sicherung der Kontrolle in anderen Ländern, Stärkung wichtiger Partnerländer). Die Bundesrepublik macht überwiegend mit Staaten, die dem Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht beigetreten sind, Geschäfte (v.a. Argentinien, Brasilien, Indien, Pakistan, Südafrika; neuerdings China). Sie exportiert in diese Länder mit geringeren Kontrollauflagen als an Mitgliedstaaten des Vertrages und hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Exportrichtlinien der Lieferländer diese Benachteiligung der Vertragsstaaten festschreiben.

8. Durch ihre Exportpolitik hat die BRD vor allem Südafrika, aber auch Indien beim Erwerb von Atomwaffen unterstützt, und in Argentinien, Brasilien und Pakistan zumindest dazu beigetragen, daß diese Länder knapp vor der Herstellung der Bombe stehen. Die Lieferung von Komponenten für Anreicherungsanlagen an Südafrika und Pakistan stellt einen Bruch des Nichtweiterverbreitungsvertrages durch die BRD dar.

9. Der weltweite Nuklearmarkt steckt in einer schweren Krise. Schon in den letzten Jahren liefen die Exportgeschäfte der BRD zunehmend schlechter. Diese Situation wird sich weiter verschärfen: Das Interesse in der 3. Welt an der zivilen Kernenergie nimmt in fast allen Ländern rapide ab. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft sich zusehends. Die Nuklearindustrie keines Landes ist so stark von Exporten abhängig wie die der BRD.

10. Das geplante Geschäft mit China zeigt, daß aufgrund der Absatzkrise mit allen Mitteln versucht wird, den Verkauf von Nuklearanlagen zu fördern: Auch um den Preis der Lieferung von 150 t abgebrannten Kernbrennstoffes (die ca. 1,5 t Plutonium enthalten) an China. Vom chinesischen Markt ist im übrigen eine Rettung der deutschen Nuklearindustrie auf Dauer nicht zu erwarten: Abgesehen von der scharfen internationalen Konkurrenz arbeitet China gezielt auf Selbständigkeit im zivilen Nuklearbereich hin, die es aufgrund seines schon vorhandenen militärischen Know-hows auch rasch erreichen kann.

11. Im Rahmen ihres zivilen Atomprogramms hat die BRD die Errichtung „sensitiver", d.h. militärisch besonders leicht nutzbarer, Anlagen besonders vorangetrieben: Eine große Anreicherungsanlage in Gronau soll in diesem Jahre in Betrieb gehen; an dem Schnellen Brüter in Kalkar wird trotz Kostenexplosionen und Verzögerung hartnäckig festgehalten; in Hanau — wo heute schon das weltweit größte Plutoniumlager in einem Nicht-Kernwaffenstaat besteht — sollen die Kapazitäten für die Lagerung und Verarbeitung von Plutonium und hochangereichertem Uran erweitert werden: die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf steht bevor, obgleich selbst eine offizielle Studie gezeigt hat, daß die Wiederaufbereitung noch für mehrere Jahrzehnte wirtschaftlich nachteilig ist.

12. Schon seit vielen Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Brüterentwicklung. Sie unterliegt der Geheimhaltung. Die RWE sind weiterhin an dem Groß-Brüter „Super-Phénix" beteiligt, der Plutonium für die Force de Frappe liefern soll, und müssen 11 Prozent der Plutonium-Erstausstattung dieses militärischen Reaktors liefern. Die Westeuropäische Atomstreitmacht ist hier in einigen Aspekten bereits Wirklichkeit geworden.

13. Mit der zunehmenden Krise des zivilen Atomprogramms tritt seine militärische Bedeutung stärker in den Vordergrund. Konnte Mitte der 70er Jahre z.B. die Wiederaufbereitung noch scheinbar mit Versorgungsengpässen bei Natururan und Anreicherung motiviert werden, ist heute das Atomprogramm — und besonders die sensitiven Anlagen — wirtschaftlich in keiner Weise zu begründen.

14. Alle Aspekte der Nuklearpolitik der BRD sind gekoppelt: Das zivile Programm stellt die Voraussetzung für militärische Ambitionen dar; es ist ein Druckmittel gegenüber den Verbündeten, um mehr Mitentscheidung innerhalb der NATO zu erreichen. Gleichzeitig liefert es aber auch Motive für den Einstieg in die militärische Nutzung: Angesichts der Absatzkrise weltweit und im eigenen Land wird es für die Nuklearindustrie zunehmend attraktiver, in den militärischen Sektor einzusteigen. Solange das Atomprogramm existiert, werden Nuklearexporte forciert werden; es hat auch Beispielwirkung für Entwicklungsländer.

15. Während die BRD also eine Nuklearpolitik betreibt, die den Nichtweiterverbreitungsvertrag schwächt, und damit die Chancen vermindert, daß er 1995 verlängert wird, schafft sie gleichzeitig die Voraussetzungen für verstärkte militärische Aktivitäten im Nuklearsektor. Dies paßt zu der Hypothese, daß hier gezielt auf das Jahr 1995 hingearbeitet wird, und die durch das Auslaufen des NVV entstehenden politischen Freiräume durch die geschaffenen technischen Möglichkeiten sofort genutzt werden sollen.

16. Die dargestellte Nuklearpolitik hat die BRD auch auf den bisherigen Überprüfungskonferenzen zum NVV 1975 und 1980 vertreten: Als „falscher Freund" der Entwicklungsländer betonte sie stets die Wichtigkeit freizügiger Nuklearexportpolitik — auch gegen die USA —; bei den Fragen der nuklearen Abrüstung, die auf diesen Konferenzen stets im Mittelpunkt standen, unterstützte sie die Initiativen der Blockfreien für weltweite Abrüstung nicht und hielt sich sehr eng an die USA.

17. Die Hochrüstung der Supermächte einerseits, sowie die in Artikel IV des NVV festgelegte Förderung der zivilen Kernenergienutzung andererseits, sind heute die beiden größten Probleme des Nichtverbreitungs-Regimes. Artikel IV wurde seinerzeit vor allem auf Betreiben der BRD, aber auch einiger Entwicklungsländer, in den NVV aufgenommen. Er schreibt die gefährliche Illusion einer prinzipiellen Trennbarkeit von zivilen und militärischen Nuklearaktivitäten fest und fördert damit besonders die horizontale Proliferation. Die beiden genannten Probleme müssen zusammen angegangen werden; denn die Hochrüstung der Supermächte liefert anderen Staaten den Vorwand, dem NVV fernzubleiben und selbst eine militärische Option zu verfolgen, während die Supermächte ihre mangelnden Abrüstungserfolge damit rechtfertigen, daß sie ihre nuklearen Arsenale nicht reduzieren könnten, solange noch Atommächte oder potentielle Atommächte dem NVV nicht beigetreten seien.

18. Die Bundesrepublik soll daher auf der bevorstehenden dritten NVV-Überprüfungskonferenz folgende Initiative ergreifen: Vorschlag einer Änderung des Nichtwieterverbreitungsvertrages durch Streichen von Artikel IV, und Neuaufnahme eines Artikels, der Mitgliederstaaten Förderung bei der Entwicklung erneuerbarer Energiequellen und rationeller Energienutzung garantiert. Die BRD fordert die Blockfreien auf, diese Initiativen zu unterstützen. Als Gegenleistung erklärt sie sich bereit, ihr Gewicht als bedeutende Industrienation zugunsten der zentralen Forderung der Blockfreien — rasche weltweite Abrüstung — in die Waagschale zu werfen. Weiterhin verpflichtet sich die Bundesrepublik, um den Blockfreien glaubwürdig gegenübertreten zu können, zu einseitigen Vorleistungen: Gezielter Abbau des eigenen Atomprogramms, Beendigung militärisch bedeutsamer internationaler Zusammenarbeit, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Gebiet der BRD.

Die BRD und die „Westeuropäische Atomstreitmacht"

Als ein weiteres Dokument aus der im Artikel auf Seite 11 erwähnten Studie im Auftrag der Grünen geben wir hier den Abschnitt über „Das Konzept der westeuropäischen Atomstreitmacht" wieder, in dem auch auf jüngste Entwicklungen und deren Bewertung bezüglich des NVV (Atomwaffensperrvertrag) eingegangen wird. Dabei taucht in diesem Abschnitt eine der zentralen Thesen dieser Studie, daß es Ziel bundesdeutscher Politik sei, bis 1995 offiziell über Atomwaffen verfügen zu können, nur am Rande auf — die beschriebene Politik paßt aber in eine solche Wertung.

Die Bindungen der BRD an die USA im Bereich der Sicherheitspolitik sind sehr eng, wie nicht zuletzt aus den Bemühungen der Bundesregierung um eine verstärkte nukleare Präsenz der USA in Europa und die damit verbundene Sorge vor einer „Abkoppelung" von den USA ersichtlich ist.

Das Offenhalten einer militärischen Option durch ein ziviles Atomprogramm, das mit dem Eintritt in den NVV in der BRD etwas zurückhaltender gehandhabt wurde, aber nach wie vor gegeben war, steht zu dieser engen Bindung an die USA nicht im Widerspruch: Es kann als vorbeugende Maßnahme für unerwartete Entwicklungen sowie als Druckmittel zur Durchsetzung eigener Interessen angesehen werden und führte, soweit ersichtlich, trotz der erklärten Politik der USA gegen das Entstehen weiterer nuklearer Arsenale außerhalb ihrer Kontrolle zu keinen großen Konflikten mit den USA (z. B. haben die USA nie ernsthaft versucht, die BRD von der Errichtung einer nationalen Wiederaufbereitungsanlage abzuhalten).

Schwieriger einzuschätzen sind in diesem Zusammenhang neuere Tendenzen in rechten politischen Kreisen der BRD, im Rahmen einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht" nationale (Mit-) Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten. Die militärische Seite des zivilen Atomprogramms rückt damit in den 80er Jahren wieder stärker in den Vordergrund.

Mit überraschender Offenheit wurde die Frage der deutschen Verfügungsgewalt über Atomwaffen Anfang 1984 von Reserveoffizier Koller in der „Europäischen Wehrkunde" angesprochen. Aus dieser Arbeit wird klar, daß eine der Triebkräfte hinter der Forschung nach einer Westeuropäischen Atomstreitmacht mit deutscher Beteiligung die Sorge vor einer zunehmenden Abkoppelung der USA im militärischen Bereich ist. Das frühere Militärkonzept der NATO, die massive Vergeltung, bedeutete eine starke Einbindung des strategischen US-Arsenals in europäische Konflikte. Die seit 1967 gültige Doktrin der „flexiblen Reaktion" stellt eine Abkehr von dieser engen Bindung dar. In den 70er Jahren wurde diese Frage in der BRD kaum offen thematisiert — bekannt ist allerdings ein Ausspruch des heutigen Verteidigungsministers Wörner aus dem Jahre 1976, in dem eine europäische Atomstreitmacht als legitimes und anstrebenswertes Ziel dargestellt wird. Gründe für die geringe Aufmerksamkeit für dieses Thema in den 70er Jahren sind wahrscheinlich der eben erst erfolgte Beitritt zum NVV sowie die damals gegebene Entspannungsphase. Ende der 70er Jahre endete. Etwa 40 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs hielt man dann wohl auch den zeitlichen Abstand zu diesem von Deutschland begonnen Angriffskrieg für groß genug, um „unbefangen" über diese Frage diskutieren zu können.

Die deutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen soll im Kriegsfall garantieren, daß die nuklearen Arsenale Frankreichs und Großbritanniens, sowie auch das der USA, frühzeitig einbezogen werden, da sich ein atomares Gefecht in Deutschland in seinen Auswirkungen nicht auf sein Gebiet begrenzen läßt. Dies ist eine Analogie zur französischen Force de Frappe, deren Hauptzweck letztlich ebenfalls die Garantie einer Koppelung an das nukleare Arsenal der USA ist.

Es liegt auf der Hand, daß darüber hinaus auch ein größeres politisches Gewicht der Bundesrepublik, ein Machtzuwachs, erwartet wird.

Der Gedanke der Westeuropäischen Atomstreitmacht wurde vom abrüstungspolitischen Sprecher der CDU/CSU Todenhöfer im September 1984 wieder aufgegriffen. Er kritisiert die Beteiligung der BRD an der NATO-Planung im Rahmen der „Nuklearen Planungsgruppe" als unzureichend. Das Problem etwaiger Konflikte mit den USA aufgrund bundesdeutscher und/oder westeuropäischer Alleingänge sollte mit einer Patentlösung beseitigt werden: Eine integrierte europäische Nuklearmacht mit den in Europa stationierten US-Atomwaffen als Eckpfeiler. Ein anderer Eckpfeiler wären die französischen und britischen Arsenale, deren Gefechtsköpfe sich von insg. 162 (1984) auf über 1200 zu Beginn der 90er Jahre vermehren werden. Todenhöfer stellt selbst fest, daß Rüstungskontrollgespräche mit der UdSSR durch Schaffen einer solchen europäischen Atomstreitmacht komplizierter würden. Sie erscheint ihm aber als der beste Weg, die „Diskriminierung" der BRD im Nuklearbereich zu beenden und die mit der Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen bereits verbesserte Koppelung an die USA festzuschreiben.

Im Hinblick auf den NVV argumentiert Todenhöfer differenzierter als Koller, der nur darauf verweist, daß bei völkerrechtlichen Regelungen die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlagen (rebus sic stantibus) gelte. Todenhöfer interpretiert den NVV dahingehend, daß Übergangsformen zu einer integrierten europäischen Atomstreitmacht möglich sein müssen und eine stufenweise Einbeziehung der BRD entsprechend den Stufen des politischen Einigungsprozesses praktiziert werden könne. Die übliche Interpretation des NVV, daß erst ein vereinigtes (West-) Europa eine europäische Atomstreitmacht aufbauen dürfe, ohne daß die beteiligten Nicht-Atomwaffenstaaten sich eines Bruches von Artikel II NVV schuldig machen, weist er als zu eng zurück. Seine Argumentation gipfelt in dem Hinweis, daß sich schließlich die Zahl der Atommächte ja reduzieren würde, wenn statt der heutigen Atommächte Großbritannien und Frankreich Westeuropa eine Einheit darstelle.

Der qualitative neue, bedrohliche und weltweit destabilisierende Charakter einer westeuropäischen Atomrüstung, basierend auf erweiterten britischen und französischen Arsenalen, sowie auf der wirtschaftlichen und technologischen Potenz der BRD (plus etwaiger weiterer westeuropäischer Partner, die diese Machtzusammenballung weiter verstärken würden), und auch noch auf einem US-„Expeditionskorps", wird dabei völlig vergessen bzw. bewußt verschleiert.

Sind dies nur die Spekulationen von Außenseitern, oder entsprechen diese Überlegungen einem zunehmenden Trend in der Politik der Bundesrepublik? Fest steht, daß es eine Reihe von nachweisbaren Entwicklungen gibt, die sehr genau zur Vorstellung der Entwicklung einer Westeuropäischen Atomstreitmacht passen.

Im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) wurden die der BRD auferlegten Herstellungsverbote für konventionelle Waffensysteme schrittweise beseitigt. Im Juni 1984 fiel das letzte, betreffend strategische Bomber, Flugkörper großer Reichweite und Lenkflugkörper.

Auf der 28. ordentlichen Sitzungsperiode der WEU vom 14. bis zum 17. Juni 1982 wurde die Reaktivierung der WEU erörtert, die „die einzige europäische Organisation ist, die echte Zuständigkeit im Bereich der Verteidigung" besitzt. U.a. wurde festgestellt, daß Westeuropa Waffen der Spitzentechnologie entwickeln, im Bereich der militärischen Forschungs- und Entwicklungsprogramme fruchtbar zusammenarbeiten, und im Bereich der Nuklear- und Weltraumtechnologie seine Forschungsprojekte harmonisieren müsse.

Eine zentrale Vorbedingung für die Schaffung einer Westeuropäischen Atomstreitmacht ist weiterhin die deutsch-französische Zusammenarbeit, da Frankreich bereits eine erheblich größere Eigenständigkeit gegenüber den USA besitzt als Großbritannien, die andere europäische Atommacht. Wichtig ist hier v.a. die an anderer Stelle beschriebene langjährige Brüter-Kooperation. Auch im nicht-nuklearen militärischen Bereich besteht Kooperation, z. B. bei Panzerabwehr-Flugkörpersystemen und Schiff-Schiff-Raketen. Eine verstärkte Eigenständigkeit der militärischen Entwicklung in Westeuropa liegt insgesamt auch im Geschäftsinteresse der bundesdeutschen Rüstungsindustrie.

Die Bundesregierung hat sich ungeachtet dieser Indizien bisher in offiziellen Erklaärungen weitgehend ahnungslos gestellt. Immerhin hielt es Anfang 1984 ein Abgeordneter der CDU/CSU in einer kleinen Anfrage für angebracht, darauf hinzuweisen, daß die „Bedrohung" der BRD durch „Atomare Überlegenheit der Sowjetunion" als Erschütterung der Geschäftsgrundlage für den Beitritt der BRD zum NVV angesehen werden könnte. In diesem wie in anderen Fällen verwies die Bundesregierung auf die Schutzfunktion des atlantischen Bündnisses und insb. der USA.

Insgesamt ist diese Entwicklung also noch im Flusse und nicht ohne inneren Widersprüche einzuschätzen — aber keineswegs als ungefährlich. Widersprüche können schließlich sehr rasch aufgelöst werden, etwa durch die Kombination verschiedener Optionen, wie sie ja auch im Todenhöfer-Vorschlag bereits beinhaltet ist. Schon eine 1979 veröffentlichte, an der Universität Kiel durchgeführte Studie empfiehlt eine „differenzierte Kombination verschiedener (nuklearer) Optionen (verstärkte Eigenständigkeit; begrenzte oder enge Zusammenarbeit mit Frankreich und Großbritannien; verstärkte Kooperation mit den USA).

Auch nach Auslaufen des NVV 1995 (falls der Vertrag bis dahin Bestand hat) könnten neue Möglichkeiten für die Machtpolitik der BRD salonfähig werden, auf die bisher mehr im Verborgenen hingearbeitet wird.

Wichtig ist vor allem eines: Bisher und auch heute noch leistet die BRD ihren Beitrag zur weltweiten Aufrüstung vor allem im Rahmen ihres Bündnisses mit der USA. Durch die Pläne für eine Westeuropäische Atomstreitmacht wird bereits die nächste Stufe der Aufrüstungspolitik vorbereitet, wenn vielleicht nicht für morgen, so für übermorgen. Die Chance, die sich aus einer größeren Distanz zu den USA abrüstungspolitisch ergeben könnten, werden dadurch schon im Keim unterdrückt, der Weg zu weiterer Aufrüstung und globaler Destabilisierung geöffnet.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

KÖLN:

Wendepolitik und gewerkschaftlicher Widerstand
Diskussionsveranstaltung der KPD zu den Herbstaktionen des DGB
Es referiert: Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Freitag, 27.9. um 19.30 Uhr
Gaststätte Kegler Eck, Ecke Niehler Str./Wilhelmstr. in Köln-Nippes

DORTMUND

„Nazis raus aus Dortmund"
Freitag, 27. September 1985, 19 Uhr
Sankt-Josefs-Vereinshaus, Heroldstraße, Ecke Münsterstraße
Die Antifaschistische Initaitive Dortmund Nord lädt zu einem Informationsabend über Borussenfront und FAP ein.
Es sprechen: Gerhard Kromschröder („Stern"), Werner Poelchau und Bodo Champignon (SPD-Landtagsabgeordneter, Initiator eines Verbots der FAP im NRW-Landtag).

Spendenliste „Kohle fur die Miners"

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden ein:

P. F., Leverkusen, 20 DM; K. F., Kiel 10 DM; R. K., Düsseldorf 64,75 DM; A. N., Bielefeld 50 DM; J. K., Kiel 100 DM; Genossen aus Düren 10 DM; KPD, Kiel 50 DM; M. u. B., Heide 10 DM; B. R., Hamburg 50 DM; F. K., Oldenburg 400 DM; R. E., Recklinghausen 100 DM; P. St., Friesenheim 250 DM. 23.09.84 Stand: 1114,75 DM. **Insgesamt: 2719,75 DM.**

Wir danken allen recht herzlich, daß sie durch ihre Spende dazu beigetragen haben, den Aufenthalt der Miners auf dem KJD-Zeltlager zu finanzieren. **Möchten aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß es dringend nötig tut, weiterhin für die britischen Bergarbeiter zu spenden, um sie in ihrem weiteren Kampf für die Wiedereinstellung der entlassenen und inhaftierten Miners zu unterstützen. In den britischen Zechen wird jeden Freitag, wenns Lohn gibt für diese Miners gesammelt. Die NUM organisiert auch Weihnachtskampagnen und wir denken, daß man diese tatkräftig unterstützen soll. Aus diesem Grund bleibt das Spendenkonto weiterhin bestehen ...**
Konto-Nr.: Stadtsparkasse Dortmund, Verwendungszweck „Miners", C. Stockmar, Nr. 322055773 (BLZ 44050199)

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Familie? — Pfui Deibel!

(Zum Leserbrief von C.H. im RM 33/34)

Ich fand es wirklich toll, daß endlich mal im RM der Familie ans Leder gegangen wurde, wenn auch eher noch schüchtern. Aber immerhin stand da: „... kleine Familien ..., die treu und brav das reproduzieren, was die Bourgeoisie von ihren Untertanen erwartet."

Den Genossinnen und Genossen, denen diese Aussage zu weit geht (es gibt sie, man sollte es nicht glauben), empfehle ich dringend, sich einmal mit Sozialisationsforschung und verwandten Wissenschaften auseinanderzusetzen. Mit denen läßt sich sehr schnell nachweisen, wie viel Mist in Kleinfamilien gebaut wird, und zwar nicht in irgendwelchen Kleinfamilien, sondern in allen! Das fängt an bei der sexuellen Verkrüppelung vor allem der Mädchen, aber auch der Jungen, geht über äußerst mangelhaften Erwerb sozialer Fähigkeiten (durch das Fehlen einer Gruppe von Gleichalterigen; und endet schließlich bei der Reproduktion der Unterdrückung der Frau (was den nicht-ökonomischen Bereich angeht).

Zum 2. Punkt, der das Lernen in Gruppen Gleichaltriger berührt, sei angemerkt, daß, auch wenn die Frauenkonferenz es nicht wahrhaben will, die KPD hierzu schon in den 20er Jahren eine revolutionäre Programmatik hatte (siehe z.B. E. Hoernle). Der Reproduktion der Unterdrückung der Frau durch die Kleinfamilie sollte meiner Meinung nach mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Deshalb fand ich es ja auch so erfreulich, daß C. endlich einmal damit anfing. Um so erstaunlicher finde ich es, daß im gleichen Leserbrief eine Forderung aufgestellt wird, die in genau entgegengesetzte Richtung zielt. Denn was beinhaltet denn die Bezahlung der Hausarbeit? Das heißt doch: Arbeit im Betrieb und Hausarbeit sind gleichwertig. Aber offensichtlich ist dem **nicht** so, denn abgesehen davon, daß die Kleinfamilie eh längst historisch **überholt** ist, wären doch auch viele im Kleinfamilienhaushalt anfallenden Arbeiten in größeren Zusammenhängen wesentlich ökonomischer zu leisten (Kochen, Abwaschen, Kindererziehung etc.). Und ökonomisch unabhängiger würde die Frau durch Bezahlung ihrer Hausarbeit auch nicht. Statt vom Alten wäre sie dann vom Besitz des Arbeitsplatzes Küche abhängig. Macht sie dem Alten nicht mehr das Bett, gibts auch kein Geld mehr von Heiner.

Bevor ich auf C.'s Analyse der Hausarbeit eingehe, möchte ich noch einmal auf die Reproduktion der Unterdrückung der Frau kommen. Ich meine hierbei nur den Teil, der sich im zwischenmenschlichen Bereich, z.B. auch in unserer Partei abspielt, also nicht jenen Teil, der sich ökonomisch und juristisch ausdrückt.

Diese Unterdrückung entsteht zum einen dadurch täglich neu, in dem kleine Kinder Rollenklischees von den Erwachsenen **unbewußt** übernehmen. Zum anderen auch dadurch, daß jeder von uns sich oft unbewußt entsprechend der verinnerlichten Rollenaufteilung verhält. Auch Frauen tun dies, und tragen so selbst wieder zur Reproduktion ihrer Unterdrückung bei, sei es, indem sie dem Mann Blumen schenken, weil er die Treppe putzt, sei es, daß sie ihn den Nagel in die Wand für sich schlagen lassen. Soll nun die Unterdrückung der Frau in unserer Organisation und in der Gesellschaft von morgen bekämpft werden, so sollte man sich über derartige Mechanismen mehr Gedanken machen. Pauschale Feindbilder reißen falsche Fronten auf und helfen wenig.

Für unsere Partei bin ich der Meinung, daß Frauen bei Wahlen, bei der Schulung, eventuell auch in Diskussionen bevorzugt werden müssen. Das darf aber nicht heißen, daß Frau zu sein schon Qualifikation genug ist, wie ich bei einigen unserer neuen Feministinnen manchmal den Eindruck hab.

Zu C.'s Analyse der Hausarbeit: C. hat recht, wenn sie die Hausarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit charakterisiert. (Um die Sache nicht zu verkomplizieren, sei hier nur die Hausarbeit in proletarischen Familien betrachtet.) Sie ist notwendig, da sie der Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft dient. Und durch den Kauf dieser Ware durch den Kapitalisten wird auch die Hausarbeit bezahlt! (Daß das zu wenig ist, ist eine andere Frage.) Das Problem für die Hausfrau ist allerdings, daß das Geld in der Regel von ihrem Typen verwaltet wird und sie von ihm damit nicht selten unter Druck gesetzt wird. Zu fordern wäre also, daß das Einkommen von beiden gleichberechtigt verwaltet wird.

W., Kiel

Wo ist die außenpolitische Wende?

Die „Zwischenbilanz der Bonner Wende", die U.L. im RM 31/32 zieht, enthält nicht nur auf dem Gebiet der Sozialpolitik, sondern auch in der „Friedens- und Außenpolitik" eine grundverkehrte Einschätzung der Sozialdemokratie. Ohne sich zu fragen, warum bereits die erste Regierungserklärung Kohls die **Kontinuität** der westdeutschen Außenpolitik, d.h. die **Fortsetzung der Entspannungspolitik** betonte, behauptet der Autor einen Umschwung in der Außenpolitik. Den Beweis liefern ihm Debatten in der CDU vor dem Regierungswechsel und Sonntagsreden revanchistischer Politiker.

Die wichtigste **Tatsache**, die die in der Linken weitverbreitete Wende-Behauptung stützt, ist die Raketenstationierung. Diese war allerdings begleitet von einer Fülle offizieller Erklärungen, daß die Raketen zwar als militärischer Ausgleich der sowjetischen SS-20 notwendig seien, die Außenpolitik sich dadurch aber nicht ändern würde. Darum hätte U.L. schon in der westdeutschen Außen**politik** nachweisen müssen, wo in den letzten Jahren die Konfrontation mit dem „Osten" gesucht und praktiziert wurde. Tatsache aber ist: zu Andropow wie zu Gorbatschow wurde der enge Kontakt gesucht; während Großbritannien dieser Tage 25 sowjetische Diplomaten auswies, wurde beim Fall Tiedge sofort erklärt, daß man sich dadurch keine Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen wünsche; die jüngste Leipziger Messe sah erneut freundschaftliche Kontakte nicht nur zwischen Strauß und Honecker. Warum versucht U.L. unbedingt, eine „Wende" zu beweisen, obwohl die sowjetische Diplomatie die Beziehungen zur BRD nach einer Zeit der Unsicherheit mittlerweile selbst als entspannt und ausbaufähig beurteilt?

Ganz ärgerlich wird es, wenn der Autor feststellt, daß die Rüstungskosten „von 1982 bis jetzt schon überproportional gestiegen" sind; „sie werden 1986 statt der bislang schon erreichten 23 Prozent des Haushalts dann 30 Prozent erlangen." Warum erwähnt er nicht, daß die SPD-geführte Regierung den Rüstungsanteil am Bundeshaushalt bereits bis 1974 auf 22,4 Prozent gesteigert hat (Weißbuch 1975/76, S. 209)? Oder sind die 0,6 Prozent, um die die Kohl-Regierung darüber hinausgegangen ist, der Beweis für die Wende? Und die ominösen 30 Prozent, die es künftig sein sollen, sind durch nichts nachgewiesen — es sei denn, durch die unverhohlene Absicht des Autors, die SPD bündnisfähig zu machen.

Während M. Thatcher durch die Ausweisung der sowjetischen Diplomaten zeigt, was Konfrontationspolitik heißen kann, setzt die CDU/CSU dem Wesen nach die sozialliberale Ostpolitik fort, sehr zum Leidwesen von Vertriebenenfunktionären, denen eine Kanzlerrede auf einem Vertriebenentreffen nicht reicht, sondern die Taten statt Worte verlangen. Die entscheidenden außenpolitischen Differenzen verlaufen damit auch ganz woanders als U.L. vermutet: SPD und FDP halten mittlerweile die einfache Fortschreibung der bisherigen Politik für unzureichend. Sie verlangen eine „zweite Phase" der Entspannungspolitik; die bislang schon erreichten guten Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten sollen auf eine **höhere** Stufe gehoben werden. Diesen Aufforderungen widersetzt sich die CDU/CSU zur Zeit noch. Ihre führenden Politiker befürchten, daß dadurch die Beziehungen zu den USA zu großen Belastungen ausgesetzt würden.

SDI und Eureka demonstrieren die Richtung, in der die Entwicklung tatsächlich verläuft. Gegenüber der SDI-Beteiligung hat Eureka mittlerweile eindeutig die Priorität. Dafür gibt es zwei ausschlaggebende Gründe: zum einen hat die Sowjetunion deutlich gemacht, daß eine tragende Bonner Unterstützung von SDI von ihr als Gefährdung der Entspannungspolitik angesehen wird; zum zweiten würde dies die Abhängigkeit der BRD von den USA weiter verstärken. Das Eureka-Projekt geht auf einen französischen Vorschlag zurück. In Frankreich, dem traditionellen Gegenspieler der USA in Westeuropa, werden die Ziele Eurekas auch ganz offen diskutiert. So gibt Claude Julien, Direktor der führenden außenpolitischen Wochenschrift, für die bürgerliche Politik in Frankreich einen Allgemeinplatz von sich, wenn er schreibt: „Eureka wäre nur eine Selbsttäuschung, wenn das Vorhaben nicht von einer politischen Union sowie einer gemeinsamen Verteidigung begleitet würde. Mißfällt eine solche Perspektive Moskau ebenso wie Washington? Dann ist es das Zeichen, daß Europa auf dem richtigen Weg ist." (Le Monde Diplomatique, August 1985, S. 1)

Das Ziel, Westeuropa als „dritte Kraft" zu etablieren, kann in der BRD nicht ebenso deutlich benannt werden, weil man im Gegensatz zu Frankreich keine eigenen Nuklearwaffe besitzt und insoweit auf das US-Bündnis angewiesen ist. Darum wird es auch keine offizielle Absage an SDI geben, sondern aller Voraussicht nach eine Form der Beteiligung, die einerseits die USA nicht vor den Kopf stößt, zum zweiten den Vorrang von Eureka sicherstellt, und zum dritten der UdSSR die Fortsetzung der Entspannungspolitik signalisiert (zu SDI und Eureka ausführlich: AzD 33).

Der RM 37 wendet sich dagegen, aus unterschiedlichen Einschätzungen der bundesdeutschen Außenpolitik „Trennlinien für die Existenz unterschiedlicher Organisationen aufzubauen" (RM 37, S. 12). Dem kann ich für die Gegenwart nur zustimmen. Hier geht es jedoch um etwas anderes: Nicht nur die Sozialpolitik, sondern auch das Feld der Außenpolitik dient dem RM seit geraumer Zeit dazu, ein bestimmtes Bild der Sozialdemokratie zu malen: Die SPD wird entweder gar nicht oder nur zur Hälfte als Partei des Kapitals begriffen. Darum vermeidet auch der Programmentwurf diesen Begriff; die SPD wird nicht einmal als „bürgerliche Partei" charakterisiert. Mindestens die Außenpolitik zeigt m.E. aber das Gegenteil.

Die SPD sucht mit aller Entschiedenheit nach Wegen, wie der außenpolitische Spielraum der BRD erweitert werden kann (s. hierzu grundsätzlich AzD 29/30: SPD-Sicherheitspolitik gestern und heute). Solange das Bündnis mit den USA besteht, schränkt die Rücksichtnahme auf den übermächtigen US-Imperialismus die eigenen Handlungsmöglichkeiten ein. Die Abschüttelung der US-Hegemonie liegt darum im langfristigen Interesse des BRD-Kapitals. Die Entspannungspolitik gegenüber dem Osten wie die Europapolitik mit Frankreich waren bzw. sind Schritte auf diesem Weg, da die Ablösung von den USA nicht auf einen Schlag zu erreichen ist. Als gegenwärtige Oppositionspartei kann die SPD ihre Überlegungen hierzu erheblich freier anstellen als dies einer Regierung möglich ist. Nur haben alle diese Überlegungen und Vorschläge mit „Fortschrittlichkeit" wenig zu tun — um so mehr aber mit dem Ziel, außenpolitische Handlungsfreiheit für die westdeutsche Bourgeoisie zu erlangen. Diesbezüglich legt der Artikel von U.L. ein Herangehen an den Tag, das man nur — je nachdem — als besonders naiv oder besonders opportunistisch bezeichnen kann.

Heiner Karuscheit

P.S.: Im RM 37 wird A. Schröder und mir vorgeworfen, wir würden dem Programmentwurf der KPD „unterschieben", er sei „nur im Hinblick auf eine Vereinigung mit der GIM so geschrieben." Nun hat H.D. Koch selber darauf hingewiesen, daß der Programmentwurf „im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Einheit der revolutionären Sozialisten" erarbeitet wurde. (Beilage 2/85, S. 13) Seinem Inhalt nach programmiert der Entwurf jedoch keine Einheit **„der"** revolutionären Sozialisten vor, sondern eine Einheit in ganz bestimmter Richtung — mit der GIM. Weder der BWK noch der KB noch die Rätekommunisten noch die KGs(NHT) können sich auf den Boden dieses Entwurfs stellen. Das dürfte bzw. müßte den Autoren von Anfang an klargewesen sein. Darum läßt die Bemerkung von H.D. Koch eigentlich keine andere Schlußfolgerung zu, als daß der Entwurf nicht nur ganz spontan und unbewußt auf die Vereinigung mit der GIM zielt, sondern dies bei der Erarbeitung im Hinterkopf der Autoren von vornherein eine Rolle spielte.

H. Karuscheit, Gelsenkirchen

Über Bord?

Wer als Marxist-Leninist die Diskussion in der KPD bzw. im RM einigermaßen aufmerksam verfolgt, muß leider annehmen, daß die KPD-Führung die Diskussion nicht mit dem Ziel führt, die Verdrehung bzw. Verfälschung des authentischen kommunistischen Programms durch die modernen Revisionisten und ihre Übernahme durch die ML-Bewegung zu korrigieren, sondern es ihr offensichtlich ganz im Gegenteil darum geht, ideologischen Ballast über Bord zu werden. Wenn man die Argumentation der KBW-Führung nach der Spaltung 1980 anhörte, so klang dies dort ähnlich. Unter dem Vorwand der Entdogmatisierung des Marxismus warf man nach und nach alles über Bord, was mit kommunistischer Theorie und Praxis etwas zu tun hatte.

Daß die Partei der Arbeiterklasse unnütz sei wie ein Kropf, weil die Arbeiterklasse sich selbst Partei ist, dies wurde damals festgestellt. Betrachtet man den Aufsatz im RM 33/34 „Zur Behandlung der Rolle der KP im Rahmen der Programmdiskussion", so muß man sich fragen, ob man schon bald mit einer ähnlichen Argumentation seitens der KPD-Führung rechnen muß.

Sicherlich ist es richtig, daß es in der leninistischen Sowjetunion im Gegensatz zu den späteren RGW-Staaten keine Parteidiktatur gab, sondern verschiedene Parteien zu den Sowjetwahlen kandidieren konnten. Dies bedeutet aber keineswegs, daß es „mehrere Parteien der Arbeiterklasse" gab. Die einzige Partei, die sich für ein sofortiges Ende des Krieges sowie für das Bündnis mit der Bauernschaft aussprach, war die Vorhutpartei des Proletariats — die Bolschewiki. Die Autoren des RM-Artikels verwechseln in ihrem Papier hier Sowjetdemokratie mit Liberalismus. Mit der Behauptung, daß die Arbeiterklasse heute wesentlich rückständiger als in den 20er Jahren sei, rechtfertigen sie ihren neuen Kurs. Mal davon abgesehen, daß die Arbeiterklasse 1917/18 diejenige Partei mehrheitlich in die Sowjets wählte, die die Zerschlagung der Sowjets zugunsten des bürgerlichen Parlaments forderte, d.h. die SPD, zeigte auch die spätere Entwicklung in den 20er Jahren, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse keineswegs den Sozialismus anstrebte.

Die ganze Diskussion im Roten Morgen zeigt meines Erachtens, daß die neue Führung im großen und ganzen den alten Schlendrian fortsetzen will, der seit der Gründung 1968 die Linie bestimmte. Anstatt die politische Hauptarbeit der Revolutionäre als Propagandagruppe zu begreifen, solange der wissenschaftliche Sozialismus in der Arbeiterbewegung nicht restauriert ist, wird weiterhin flache Agitationsarbeit betrieben. Weder ist das Wesen des Sozialismus gesichert, dies zeigt die Antwort der KPD an den BWK im RM 33/34 auf Seite 8, in der z.B. die Abschaffung der Warenproduktion und des Wertgesetzes, ähnlich wie bei BWK und anderen K-Gruppen, als ein Problem des Übergangs zum Kommunismus angesehen wird — und nicht wie bei Marx und Lenin als eine Aufgabe, die bereits im Sozialismus gelöst werden muß, noch ist die Kritik an den Verhältnissen in Osteuropa entwikkelt worden.

Dies kann man allerdings in dem Augenblick auch nicht, in dem man völlig unkritisch die eigene Vergangenheit mit der Behauptung, daß man „schon immer Partei des wissenschaftlichen Sozialismus" war, glorifiziert. Was z.B. an der Übernahme der Dickhutschen Theorie: „Restauration des Kapitalismus in der UdSSR" wissenschaftlich sein soll, bleibt das Geheimnis der KPD-Führung. Im Prizip weiß dies die KPD-Führung. Gründe für die jetzige Diskussion um das Programm gibt es ja auch für die Führung nur deshalb, weil die alte Politik nicht geschluckt wurde. Anstatt jedoch die Konsequenzen zu ziehen, d.h. offen und ehrlich selbstkritisch die Punkte zu benennen, wo man seit 1968 alles andere als einen Sozialistischen Standpunkt vertreten hat, hat die Führung der KPD ihren Mitgliedern außer ein paar „Reförmchen" und dem Deal mit der GIM nichts zu bieten. Dies muß langfristig in einer Sackgasse enden. Es liegt nun an der KPD-Führung, ob sie an dieser Politik festhalten will, oder ob sie sich nicht mitbeteiligen will an dem Aufbau einer wirklichen kommunistischen Partei.

Mit solidarischen Grüßen
Ges.

Es ist wieder Manöverzeit. Die Bundeswehr probt mit ihren Verbündeten den Krieg. Eindrucksvolle Aufnahmen vom Kriegsspiel in der BRD lieferte der Bildjournalist Thomas Einberger aus Ostwestfalen.





HERBSTMANÖVER

